

B. Die Anfänge der politischen Bewegungen und Parteien in der Revolution 1848/1849

von
JIŘÍ KOŘALKA

Zukunftsorientierte Keime neuzeitlicher politischer Strömungen und Organisationen waren in Wien und in den meisten Landeshauptstädten bereits vor dem politischen Umbruch im März 1848 vorhanden. Unter den ständischen Vertretungskörpern zeichnete sich zunächst nur der ungarische Landtag durch eine stärkere Differenzierung und eine gut organisierte Opposition aus. Nach ungarischem Vorbild wagten später auch die Landtage von Niederösterreich und Böhmen, eine gemäßigt oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung einzunehmen. Einige wenige behördlich zugelassene Vereine entwickelten sich zu politischen Informations- und Diskussionszentren des Adels und des wohlhabenden Besitz- und Bildungsbürgertums¹⁾. Politisch interessierte Kleinbürger der größeren Städte trafen sich zumeist in Gasthäusern und bildeten dort oft informelle Tischgesellschaften. Offene Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in Österreich erschallte aus vielen Broschüren, die hauptsächlich in Leipzig und Hamburg gedruckt und über die österreichische Staatsgrenze geschmuggelt wurden²⁾. Die in Österreich herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften litten unter der Zensur, aber es gelang vornehmlich in der

¹⁾ Vgl. ERNST BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen und gesellschaftliche Modernisierung. Vereine, Genossenschaften und politische Mobilisierung in der Landwirtschaft Österreichs vom Vormärz bis 1914 (=Geschichte und Sozialkunde, Forschungen 1, Salzburg 1977); OTTO HWALETZ, Zur ökonomischen, sozialen und ideologisch-politischen Formierung des industriell-gewerblichen Bürgertums. Das Beispiel der Industrievereine; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ULRIKE DÖCKER, HANNES STEKL, PETER URBANITSCH (Hgg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie (Wien – Köln 1990) 177–204; HANS PETER HYE, Wiener „Vereinsmeier“ um 1850; in: HANNES STEKL, PETER URBANITSCH, ERNST BRUCKMÜLLER, HANS HEISS (Hgg.), „Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit“ (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 2, Wien – Köln – Weimar 1992) 292–316; MARLIES RAFFLER, Bürgerliche Lesekultur im Vormärz. Der Leseverein am Joanneum in Graz 1819–1871 (Frankfurt am Main – Berlin – Bern 1993); HANS PETER HYE, Bürgerlichkeit im Spiegel des Vereinswesens. Am Beispiel der nordböhmischen Stadt Aussig/Ústí nad Labem; in: Österreichische Osthefte 36 (1994) 85–108, hier 92 ff.; HUBERT WEITENSFELDER, Gesellschaftliche Formierung in der Provinz: Vereine und vereinsähnliche Sozietäten in Vorarlberg bis 1867; in: ROBERT HOFFMANN (Hg.), Bürger zwischen Tradition und Modernität (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 6, Wien – Köln – Weimar 1997) 363–394.

²⁾ Als immer noch nützlich vgl. JAN HEIDLER, Čechy a Rakousko v politických brožurách předřeznových [Böhmen und Österreich in den politischen Broschüren des Vormärz] (=Novočeská bibliotéka 34, Praha 1920). Vgl. auch WALTER KREBS, Die sozialen Probleme Österreichs in der politischen Publizistik des Vormärz, phil. Diss. (Wien 1949).

ungarischen und tschechischen Presse, schon vor 1848 verhältnismäßig klare politische Auffassungen darzulegen.

Binnen weniger Tage fielen im März des Jahres 1848 alle früheren Einschränkungen und Rücksichten. Nie dagewesene Freiheiten der Rede, der Presse und der Assoziation wurden durchgesetzt, alle politischen Strömungen der Zeit konnten fast unbehindert an die Öffentlichkeit treten. Als ein scharfsinniger, an den politischen Verwicklungen der folgenden sechs Jahrzehnte geschulter Beobachter erfaßte der tschechische Historiker Josef Pekař 1908 zutreffend die einzigartige Atmosphäre der Jahre 1848/1849 im österreichischen Kaiserstaat: „Wer das Wesen und die Schwierigkeiten der Probleme verstehen will, um die man dann jahrzehntelang in unserer Monarchie einen hartnäckigen Kampf führte, wer in die Seele der Völker eindringen und ihre letzten Ziele, Lieben, Sympathien, Gehässigkeiten und Befürchtungen kennenlernen will, findet da überall eine reiche Belehrung. Alle, trunken vom starken Wein der Freiheit (den ihre Lippen nie vorher berührt hatten), trugen damals das Herz auf der Zunge, und was sie sich wünschten, setzten sie auch gleich ins Werk.“³⁾

Zum erstenmal in der Geschichte der Habsburgermonarchie konnten Vertreter grundlegender ideologisch-politischer Strömungen – Konservative, Liberale, Demokraten und Frühsozialisten – in den Jahren 1848/1849 ihre Ansichten öffentlich begründen und verbreiten. Es war damals allerdings nicht nur ein Wettstreit von Ideen und Überzeugungen, nicht nur eine Gegenüberstellung von Petitionen und Wahlkandidaten, sondern ein unerbittlicher Machtkampf, in dem auch Straßendemonstrationen, Barrikaden und schließlich militärische Operationen den Ausschlag gaben. Darüber hinaus war die Herausbildung neuzeitlicher politischer Strömungen und Organisationen im multiethnischen Kaisertum Österreich – im Unterschied zu den ein- und mehrheitlichen Nationalstaaten Europas – von Anfang an mit nationalen Problemen und Auseinandersetzungen verbunden. Gleichzeitig mit der Bauernemanzipation und der Gewährung bürgerlicher Rechte galt es auch zu klären, ob der österreichische Kaiserstaat erhalten, geteilt oder vernichtet, beziehungsweise ob er zentralistisch, dualistisch oder föderalistisch regiert werden sollte. Ein ungleichmäßiger Entwicklungsstand der einzelnen Nationalitäten und schwer zu überbrückende Gegensätze hinsichtlich des territorialen Geltungsbereichs einander benachbarter Nationalbewegungen führten dazu, daß die meisten politischen Bewegungen, Vereine und Parteien bereits in den Jahren 1848/1849 nach nationalen Kriterien gesondert waren⁴⁾.

³⁾ JOSEF PEKAŘ, Besprechung von Heinrich Friedjung, Österreich von 1848–1860 I (Stuttgart – Berlin 1908); in: Český časopis historický 14 (1908) 100–109, hier 100.

⁴⁾ Zur Verflechtung der politischen Strömungen und Bewegungen mit den komplizierten nationsbildenden Prozessen vgl. JOSEF KOLEJKA, Národy habsburské monarchie v revoluci 1848–1849 [Die Völker der Habsburgermonarchie in der Revolution von 1848–1849] (Praha 1989); EMIL NIEDERHAUSER, 1848. Sturm im Habsburgerreich (Budapest – Wien 1990); LOTHAR HÖBELT, 1848. Österreich und die deutsche Revolution (Wien – München 1998); JIŘÍ KOŘÁLKA, Revolutionen in der Habsburgermonarchie; in: DIETER DOWE, HEINZ-GERHARD HAUPT, DIETER LANGWIESCHE (Hgg.), Europa 1848. Revolution und Reform (=Forschungsinstitut der Friedrich-

1. Die konservative Rechte als Vertreter maßvoller Reformen

Verfechter und Anhänger konservativer Prinzipien im Kaisertum Österreich stammten am Vorabend und während des Jahres 1848 aus den Reihen des großgrundbesitzenden Adels, der Staatsbeamten, zum Teil auch aus dem Bauerntum. Sie stimmten in der Verteidigung der dynastischen Legitimität und der Großmachtstellung der Monarchie, sowie in der Ablehnung der Revolution, des Liberalismus und des Nationalismus überein. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts gelang es ihnen jedoch nicht, eine einflußreiche politische Organisation der Konservativen zu bilden. Es zeigten sich wesentliche Meinungsunterschiede, sogar Interessengegensätze zwischen den Anhängern einer entscheidenden gesellschaftlichen Rolle des Adels und den Befürwortern eines vernünftigen Beamtenstaates, zwischen den Auffassungen der meisten Aristokraten und denen der Bauernvertreter bei der Aufhebung der feudalen Lasten, sowie auch zwischen Verfechtern einer zentralistischen oder einer föderalistischen Umgestaltung des Kaiserstaates.

Da das innenpolitische Leben vor 1848 in Ungarn weitaus intensiver als in anderen Kronländern der Habsburgermonarchie war, fand auch die politische Strömung der ungarischen Konservativen ihre organisatorische Grundlage früher als anderswo in der Monarchie. Bereits in der ungarischen Landtagssession von 1839/40 trat eine Gruppe junger Konservativer als Vertreter des behutsamen Fortschritts mit eigenen Reformvorschlägen auf⁵⁾. In der Auseinandersetzung mit den ungarischen Liberalen wurde dann im November 1846 die „Konzervatív Párt“ [Konservative Partei] unter Führung von Emil Graf Dessewffy als eine Honoratiorenpartei junger reicher und gebildeter Aristokraten gegründet. Notwendige soziale und wirtschaftliche Reformen sollten nach ihrer Überzeugung nicht übereilt, sondern im Einverständnis mit dem Herrscher und unter Berücksichtigung aller Nationalitäten Ungarns durchgeführt werden. Mit weißen Federn am Hut traten sie im Herbst 1847 in die Wahlkampagne zum ungarischen Landtag ein, aus der sie zwar im Komitat Pest und in größeren Städten geschlagen, aber in den meisten Komitaten siegreich hervorgingen⁶⁾. Nach dem 15. März 1848 neigten mehrere gemäßigte Konservative zur Unterstützung der von den

Ebert-Stiftung, Politik- und Gesellschaftsgeschichte 48, Bonn 1998) 197–230; nachgedruckt in: HUBERT LENGAUER, PRIMUS HEINZ KUCHER (Hgg.), *Bewegung im Reich der Immobilität. Revolutionen in der Habsburgermonarchie 1848–49. Literarisch-publizistische Auseinandersetzungen* (=Literaturgeschichte in Studien und Quellen 5, Wien – Köln – Weimar 2001) 34–66. Vgl. auch ERNST BRUCKMÜLLER, WOLFGANG HÄUSLER (Hgg.), *1848. Revolution in Österreich* (=Schriften des Instituts für Österreichkunde 62, Wien 1999) und R.J.W. EVANS, HARTMUT POGGE VON STRANDMANN (Hgg.), *The Revolutions in Europe 1848–1849. From Reform to Reaction* (Oxford 2000).

⁵⁾ GEORGE BARANY, *From Fidelity to the Habsburgs to Loyalty to the Nation: The Changing Role of the Hungarian Aristocracy before 1848*; in: *Austrian History Yearbook* 23 (1992) 36–49, hier 41.

⁶⁾ ISTVÁN DEÁK, *Die rechtmäßige Revolution. Lajos Kossuth und die Ungarn 1848–1849. Aus dem Ungarischen übersetzt von Géza Engl, deutsche Bearbeitung von Kathrin Sitzler und Albrecht Friedrich* (Wien – Köln – Graz 1989, engl. Original 1979) 57, 60 f.

Liberalen durchgesetzten autonomen ungarischen Regierung. Der unverhüllt konservative Pál Fürst Esterházy wirkte als Vermittler zwischen der Regierung Batthyány und dem Herrscher, in dem auch konservative Ungarn grundsätzlich den König, nicht den Kaiser sahen⁷⁾.

Bereits im Frühjahr und in den ersten Sommerwochen 1848 festigten ungarische Konservative ihre Positionen in Siebenbürgen⁸⁾. Sie waren stark auch im Westen Ungarns, besonders im Komitat Ödenburg (Sopron), wo sie auf ein gleichzeitiges Vorgehen seitens des Wiener Hofes und breiterer Bevölkerungskreise vor Ort gegen die Reformmaßnahmen des ungarischen Landtags und später der Nationalversammlung hinarbeiten wollten⁹⁾. Aber erst mit dem Ausbruch des bewaffneten Kampfes im August/September 1848 erfolgte die schicksalshafte Absonderung des katholischen Hofadels und der konservativsten städtischen Altbürger von der ungarischen Revolution¹⁰⁾. Der Führer der Konservativen von 1846/1847, Emil Graf Dessewffy, sandte an Felix Fürst Schwarzenberg Vorschläge zur Bestrafung der Revolutionsführer und zur erforderlichen militärischen Herrschaft über Ungarn. Manche ungarische Konservative sollen sogar soweit gegangen sein, Feldmarschall Fürst Windisch-Graetz zu beschuldigen, daß er den Revolutionären gegenüber zu weichherzig sei¹¹⁾. Der im Juli 1848 eröffneten und im Januar 1849 nach Debreczin (Debrecen) verlegten ungarischen Nationalversammlung blieben die Konservativen völlig fern, nur im Oberhaus waren einige Anhänger der Zusammenarbeit mit Wien mit György Graf Majláth an der Spitze vertreten¹²⁾. Nach der militärischen Niederlage der Revolution bemühten sich die Führer der ungarischen Altkonservativen, die Einführung einer zentralistischen, für das ganze Kaisertum Österreich geltenden Verfassung zu verhindern und die selbständige Position Ungarns in der Monarchie wiederherzustellen¹³⁾.

⁷⁾ So wurde Fürst Pál Esterházy im März 1848 zum ungarischen Minister am königlichen Hoflager ernannt und oft als königlich-ungarischer Minister des Äußern titulierte, EBD. 85.

⁸⁾ Vgl. ERZSÉBET ANDICS, Die konterrevolutionäre Tätigkeit der ungarischen konservativen Aristokratie in Siebenbürgen im Jahre 1848; in: *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae, Sectio Historica* 20 (1980) 51–64.

⁹⁾ DIES., Erste Reagierungen der ungarischen Konservativen auf die Revolutionsereignisse und ihre Abwartungstaktik im Frühjahr und Anfang Sommer 1848; in: *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae, Sectio Historica* 21 (1981) 39–60.

¹⁰⁾ PÉTER HANÁK, 1848: Bedeutung für das ungarische Nationalbewußtsein; in: DERS., *Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates* (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 10, Wien – München – Budapest 1984) 40–55, hier 48 f.

¹¹⁾ Gedruckt in: ERZSÉBET ANDICS (Hg.), *A nagybirtokos arisztokrácia ellenforradalmi szerepe 1848–49-ben* [Die konterrevolutionäre Rolle der großgrundbesitzenden Aristokratie 1848–1849], 3 Bde. (=Fontes historiae Hungaricae aevi recentioris, Budapest 1952–1980), hier II 199–208. Die schwarz-weiße Einseitigkeit dieser großangelegten Quellenedition kritisierte ISTVÁN DEÁK in seiner Rezension in: *Austrian History Yearbook* 19–20 (1983–1984) 1, 340–343.

¹²⁾ Vgl. ANTON SPRINGER, *Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809 II: Die österreichische Revolution* (=Staatengeschichte der neuesten Zeit 10, Leipzig 1865) 647 f.

¹³⁾ In dieser Hinsicht fanden sie Unterstützung beim Fürsten Alfred Windisch-Graetz gegen die Regierung Schwarzenberg; vgl. PAUL MÜLLER, *Feldmarschall Fürst Windischgrätz. Revolution und Gegenrevolution in Österreich* (Wien – Leipzig 1934) 247–251.

In ähnlicher Weise knüpften konservative Politiker in Wien und Niederösterreich an ihre Ansichten und ihre Tätigkeit aus der Zeit vor 1848 an. Zunächst in der in Augsburg erscheinenden *Allgemeinen Zeitung*¹⁴⁾, dann auch in mehreren außerhalb Österreichs gedruckten regierungsfreundlichen Broschüren verteidigten die zumeist anonymen Verfasser, oft im Auftrag der Wiener Staatskanzlei, das politische System der supraethnischen österreichischen Monarchie gegen die Gefahren des Liberalismus und des Nationalismus, mit Hervorhebung der Einheit zwischen der Regierung und dem vermeintlich unverdorbenen Volk. Aufgeklärte Köpfe der vormärzlichen hohen Staatsbürokratie führten die Idee des supraethnischen Österreichertums in der veränderten Situation seit März 1848 im reformkonservativen Sinne fort. Ihr Presseorgan, die in Wien herausgegebene *Constitutionelle Donau-Zeitung*, akzeptierte einen gemäßigten Konstitutionalismus, aber sie verteidigte mit Entschiedenheit die österreichischen Großmachtstellung sowohl gegen die deutschen Einigungstendenzen als auch gegen die nationalpolitischen Bestrebungen Ungarns und der österreichischen Nationalitäten¹⁵⁾.

Unter den neuen Vereinen, die konservativ großösterreichische Vorstellungen verfolgten, ragte in Wien im April/Mai 1848 der „Österreichische Klub“ hervor, gefolgt vom „Österreichischen Patrioten-Verein“, der am 4. Mai 1848 zum erstenmal an die Öffentlichkeit trat¹⁶⁾. Ihr Wirkungskreis in der kaiserlichen Hauptstadt war jedoch im Vergleich zu liberalen und demokratischen Vereinen sehr beschränkt, besonders nach der heimlichen Abreise Kaiser Ferdinands und seines Hofes nach Innsbruck am 17. Mai 1848. Spontane Ausbrüche dynastischer Loyalität hatten auch keine lange Dauer¹⁷⁾. Zur organisatorischen Stütze der altösterreichischen Konservativen wurde dann von Mitte Juli 1848 an die verhältnismäßig starke Gruppe von Abgeordneten des gewählten österreichischen Reichstags in Wien, wo regierungstreue Konservative bezeichnenderweise den „Klub des Zentrums“ bildeten. Josef Alexander Helfert, einer der wenigen Abgeordneten, die ihre konservativen Anschauungen offen von der Rednertribüne verkündeten¹⁸⁾, war beim ersten Eintritt in den Sitzungssaal des Reichstags davon über-

¹⁴⁾ Dazu JOHANN HANOUSEK, Die Stellung der Augsburger Allgemeinen Zeitung im vormärzlichen Österreich und die vermittelnde Tätigkeit des Freiherrn Joseph Christian von Zedlitz für dieses Blatt, phil. Diss. (Wien 1949).

¹⁵⁾ Jiří KOŘALKA, Prag – Frankfurt im Frühjahr 1848: Österreich zwischen Großdeutschtum und Austroslawismus; in: HEINRICH LUTZ, HELMUT RUMPLER (Hgg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa (=Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 9, Wien 1982) 117–139, hier 123 ff.

¹⁶⁾ WOLFGANG HÄUSLER, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung, Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848 (Wien – München 1979) 299 f.

¹⁷⁾ Vgl. GUSTAV OTRUBA, Wiener Flugschriften zur Sozialen Frage 1848 II: Hof und Adel, Klerus und Kirchen, Bürokratie, Militärs, Bürger und Nationalgarde, Studenten und Universitäten, Bauern, Frauen, Juden (=Materialien zur Arbeiterbewegung 16, Wien 1980) 173, Nr. 1422, 1423 und 1427.

¹⁸⁾ So bereits in der ersten Rede Helferts am 11. August 1848; in: VERHANDLUNGEN DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSTAGES NACH DER STENOGRAPHISCHEN AUFNAHME, 5 Bde. (Wien 1848–1849), hier I 492 ff.

rascht, daß die Bänke der Linken und der äußersten Linken dicht besetzt waren, während die Sitze der Rechten fast leer blieben: „Dann die Rechte, in allen Parlamenten der Sitz der konservativen oder Regierungs-Partei, war von den Männern der konstitutionellen Ära gemieden und geflohen, niemand wollte für ‚reaktionär‘ gelten. Besonders bei den Wienern war dies der Fall.“¹⁹⁾

Eine festere Klubbildung, die sich von der Zerfahrenheit der ersten Reichstagsitzungen in Wien unterschied, entwickelte sich erst nach der Übersiedlung des Reichstags nach Kroměříž (Kroměříž) in der zweiten Novemberhälfte 1848²⁰⁾. Etwa hundert Abgeordneten vornehmlich deutscher Nationalität gehörten dem Zentrum an, das aus zwei Bestandteilen zusammengesetzt war, aus dem „Verein der deutschen Österreicher“ und dem „Central-Club“²¹⁾. Zu den führenden Mitgliedern des Zentrums gehörten einerseits der Brüner Advokat Cajetan Mayer und der Salzburger Abgeordnete Joseph Lasser, die einer Annäherung an die deutschösterreichischen Liberalen nicht abgeneigt waren, und andererseits Josef Alexander Helfert, der eine Zusammenarbeit mit dem „Slawischen Klub“ im Reichstag vorzog. Für die meisten Vertreter des altösterreichischen Konservatismus, die mit der josephinischen Tradition verbunden waren, erschien der Übergang von parlamentarischen Verhandlungen zum bürokratischen Modernisierungsversuch nach dem 7. März 1849 als Rückkehr zu einer vernünftigen Regierungsform²²⁾. In dieser Hinsicht stießen sie auf heftigen Widerstand aus den Reihen der Anhänger der ständischen Rechte, denen die Vorstellung einer unifizierten österreichischen Gesamtmonarchie völlig fremd war.

Die neuständische Strömung im österreichischen Konservatismus, die dann am Ende der fünfziger Jahre in den Parteien des aristokratischen Großgrundbesitzes ihren Ausdruck fand²³⁾, wuchs unmittelbar vor 1848 aus den Oppositionskräften in einigen ständischen Landtagen heran. Der niederösterreichische Landtag wandte sich an den Kaiser mit Anträgen zur Erhöhung seiner Rechtsbefug-

¹⁹⁾ JOSEF ALEXANDER HELFERT, Aufzeichnungen und Erinnerungen aus jungen Jahren. Im Wiener konstituierenden Reichstag, Juli bis Oktober 1848 (Wien 1904) 22 f.

²⁰⁾ DERS., Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener October-Aufstandes 1848 II: Die Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph I. (Prag 1872) 313–317.

²¹⁾ PETER BURIAN, Die Nationalitäten in „Cisleithanien“ und das Wahlrecht der Märzrevolution 1848/49. Zur Problematik des Parlamentarismus im alten Österreich (=Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost 2, Graz – Köln 1962) 204.

²²⁾ Dazu HELMUT RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (=Österreichische Geschichte 1804–1914, Wien 1997) 591 Anm. 183: „Die Begriffe ‚Neoabsolutismus‘, ‚Restauration‘ oder ‚Zeitalter der Reaktion‘ treffen die nachrevolutionäre Situation ebensowenig wie die propagandistischen Eigendefinitionen ‚Österreichs Erneuerung‘ oder ‚progressive Diktatur‘; ... alle Definitionsversuche klammern die zentrale Problematik der Modernisierung aus: Sicherung des Rechtsstaates für alle Staatsbürger, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen für den Gesamtstaat und politisch gleichberechtigte Partizipation aller Bürger in einer multinationalen Staatenföderation.“

²³⁾ Einen ausführlichen Briefwechsel aus den mährischen und böhmischen Adelsarchiven veröffentlichte dazu ANTONÍN OKÁČ, Rakouský problém a list Vaterland 1860–1871 [Das österreichische Problem und die Zeitung Vaterland 1860–1871], 2 Bde. (Brno 1970), hier II 82–142.

nisse, besonders zu einer tatkräftigen Mitwirkung an der Landesgesetzgebung²⁴). Auch im böhmischen Landtag, wo Friedrich Graf Deym als schärfster Kritiker der bürokratischen Verwaltung auftrat, zeigte sich die Bestrebung einiger weitblickender Aristokraten, dem Adel einen wesentlichen Einfluß bei den zu erwartenden gesellschaftlichen und politischen Reformen im Staate zu sichern²⁵). Den ständischen Landtagen, in denen nur die Vertretung der Städte zu verstärken wäre, sollte das ausschließliche Recht der Steuerbewilligung und der Landesgesetzgebung zustehen, und die höchsten Landesämter sollten nur mit landesansässigen Mitgliedern des Adels besetzt werden. In Auseinandersetzung mit der Behauptung der absolutistischen Regierung, daß die Rechte der Stände nur auf dem freien Willen des Herrschers basierten und demnach jederzeit aufgehoben werden konnten, arbeitete ein Komitee des böhmischen Landtags im Februar 1847 eine bemerkenswerte Deduktion über das Wesen der ständischen Verfassung und die bestehenden Garantien derselben aus²⁶). Als Versammlungspunkt der reformwilligen böhmischen Aristokraten diente die „Adels-Ressource“ im Palais Caretto-Millesimo in der Prager Altstadt, aber die wichtigsten politischen Beratungen fanden in den adeligen Privatpalais statt. Die neuständische Strömung, zu deren Repräsentanten auch Leo Graf Thun gehörte, sah ihr Vorbild in der Rolle der modernen Aristokratie im politischen Leben Englands²⁷).

Ebenso wie in Wien, Graz oder Brünn (Brno)²⁸), strebten mehrere böhmische Adelige die baldmöglichste Einberufung des ständischen Landtags in Prag (Praha) Ende Februar und Anfang März 1848 an, nachdem sich beunruhigende Nachrichten über die revolutionären Ereignisse in Norditalien und in Paris verbreitet hatten²⁹). Unter der beantragten Landtagsreform stellten sich die böhmischen Adelpolitiker allerdings nur eine Erweiterung der Ständerepräsentation um Vertreter der bürgerlichen Großgrundbesitzer und der königlichen Städte vor³⁰). Da

²⁴) VIKTOR BIBL, Die niederösterreichischen Stände im Vormärz. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Revolution des Jahres 1848 (Wien 1911) 249–274.

²⁵) ANTONÍN OKÁČ, Český sněm a vláda před březnem 1848. Kapitoly o jejich ústavních sporech [Der böhmische Landtag und die Regierung vor dem März 1848. Kapitel über ihre Verfassungsstreitigkeiten] (=Knihovna Sněmů českých 2, Praha 1947) 71–79, 213–259.

²⁶) BOHUMIL BAXA, Dedukce o právní nepřetržitosti ústavních práv a svobod stavů českých [Die Deduktion über die Rechtsbeständigkeit der Verfassungsrechte und Freiheiten der böhmischen Stände]; in: Sborník věd právních a státních 7 (1912) 298–324.

²⁷) Vgl. CHRISTOPH THIENEN-ADLERFLYCHT, Graf Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservatismus im Kaisertum Österreich (=Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 6, Graz – Wien – Köln 1967) 161–172.

²⁸) Vgl. JINDŘICH DVOŘÁK, Moravské sněmování roku 1848–1849 [Die Tagungen des mährischen Landtags im Jahre 1848–1849] (Telč 1898) 17 f.; JIŘÍ MALÍŘ, Der mährische Landtag; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus. Die regionalen Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 2057–2103, hier 2057 ff.

²⁹) KAREL KAZBUNDA, České hnutí roku 1848 [Die tschechische Bewegung im Jahre 1848] (Praha 1929) 32 f.

³⁰) JOSEF BOROVIČKA, Návrh hraběte Wurmbrands z roku 1848 na přeměnu stavovského sněmu [Vorschlag Graf Wurmbrands aus dem Jahre 1848 zur Umgestaltung des ständischen Landtags]; in: Věstník Královské české společnosti nauk, třída filosoficko-historicko-jazykozpytná 1913/2, 1–29, hier 14 ff.

sich der Oberstburggraf Rudolf Graf Stadion weigerte, den Landtag einzuberufen, und da auch die Vertreter des böhmischen Adels angesichts der Emanzipation und der Repräsentation der Bauern uneinheitlich auftraten, verlor der konservative böhmische Adel die ursprüngliche Initiative, und die politische Leitung in Prag ging an die tschechischen bürgerlichen Liberalen über. Es gelang zwar einigen Aristokraten noch, die erste Prager Petition an den Kaiser im altständischen und die zweite Petition im neuständischen Geist zu beeinflussen³¹⁾, auch im Prager Nationalausschuß wirkten einige Wochen lang mehrere böhmische Adelige mit. Dann aber blieb die Rolle des böhmischen konservativen Adels in der folgenden politischen Entwicklung bis in die späten fünfziger Jahre unbedeutend, weil es ihm nicht gelang, die Patrimonialverfassung und die historischen Landstände als Grundpfeiler der Adelsmacht in Böhmen zu behaupten³²⁾. Die Mehrheit des böhmischen Adels blieb altösterreichisch gesinnt und identifizierte sich weder mit deutschen noch mit tschechischen nationalen Forderungen.

Unter den in Böhmen gewählten Reichstagsabgeordneten der Jahre 1848/1849 waren fast keine Adeligen, und die wenigen, die sich darunter befanden, waren eher liberal als konservativ gesinnt. Vielmehr wurden konservative Ansichten und Haltungen von einigen tschechischen bürgerlichen Mitgliedern des „Slawischen Klubs“ im Wiener und Kremsierer Reichstag vertreten, wie vom Historiker Václav Vladivoj Tomek³³⁾ oder vom Taborer Bürgermeister František Dušek, der den konservativ gesinnten Helfert für die Mitarbeit im „Slawischen Klub“ als ein Gegengewicht zum angeblich „befehlshaberischen“ Benehmen Strobachs und anderer tschechischer Liberaler gewinnen wollte³⁴⁾. Wiederholte Versuche, mit Unterstützung der Regierungsstellen eine tschechische konservative Tageszeitung herauszugeben, waren nicht von langer Dauer³⁵⁾.

³¹⁾ So RALPH MELVILLE, *Der böhmische Adel in der Prager Revolution von 1848*; in: RUDOLF JAWORSKI, ROBERT LUFT (Hgg.), *1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa* (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 18, München 1996) 207–220, hier 211 f.

³²⁾ Dazu ausführlich DERS., *Adel und Revolution in Böhmen. Strukturwandel von Herrschaft und Gesellschaft in Österreich um die Mitte des 19. Jahrhunderts* (=Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte 95, Mainz 1998) 277–284.

³³⁾ VÁCLAV VLADIVOJ TOMEK, *Paměti z mého života* [Erinnerungen aus meinem Leben], 2 Bde. (=Novočeská bibliotéka 38–39, Praha 1904–1905), hier I 320 f. Vgl. auch JIŘÍ ŠTAFI, *Palackýs Partei der tschechischen Liberalen und die konservative Variante der böhmischen Politik*; in: RUDOLF JAWORSKI, ROBERT LUFT (Hgg.), *1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa* (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 18, München 1996) 57–73.

³⁴⁾ JOSEF ALEXANDER HELFERT, *Erlebnisse und Erinnerungen III*. In *Kremsier*; in: *Die Kultur* 3 (1901/02) 273–297, 343–358, hier 354.

³⁵⁾ Ohne Erfolg endeten drei Versuche: *Pokrok* [Fortschritt] im Juni 1848, *Vlastimil*/Der Patriot 1849–1850 und *Videňský denník* [Wiener Tagblatt] 1850–1851. Vgl. STANLEY Z. PECH, *The Czech Revolution of 1848* (Chapel Hill 1969) 224 f.; JAN RATAJ, *Uloha Videňského deníku v české publicistice a společnosti na počátku padesátých let 19. století* [Die Rolle des Videňský denník in der tschechischen Publizistik und Gesellschaft zu Beginn der 1850er Jahre]; in: *Literární archiv* 17–18 (1983–1984) 67–122; ZDENĚK ŠAMBERGER, *Časopis Videňský Denník a jeho poslání v letech 1850–1851* (Ke ztroskotanému pokusu Leo Thuna o založení české konzervativní strany) [Die Zeitschrift Videňský Denník und ihre Sendung in den Jahren 1850–1851 (Zum gescheiterten Versuch Leo Thuns zur Gründung einer tschechischen konservativen Partei)]; in: *Slovanský přehled* 71 (1985) 26–39.

Aus Furcht vor einer Wiederholung der blutigen Ereignisse vom Frühjahr 1846 erstarkten in Galizien konservative Strömungen in einem Teil des polnischen Adels. Der junge Adam Graf Potocki versuchte einerseits vom Fürsten Metternich und dem Grafen Kolowrat in Wien politische Zugeständnisse für Galizien zu erlangen, andererseits aber wollte er den Fürsten Adam Czartoryski in Paris überzeugen, die Volksbildung und die „organische Arbeit“ zu fördern anstatt einen neuen nationalen Aufstand vorzubereiten³⁶). Im Kampf gegen die liberale Führung der „Centralna Rada Narodowa“ [Zentraler Nationalrat] in Lemberg (Lwów, Lviv) gründeten Józef Gwalbert Pawlikowski, Leon Sapieha und andere konservative polnische Aristokraten Anfang Mai 1848 eine einflußreiche Organisation unter dem Namen „Stowarzyszenie Właścicieli Większych Posiadłości Wiejskich“ [Vereinigung der Eigentümer größerer Landgüter], allgemein als „Stowarzyszenie Ziemiańskie“ [Vereinigung der Gutsbesitzer] bekannt, die nach der führenden Stellung im politischen Leben Galiziens trachtete³⁷). Einen überwiegend konservativen Charakter hatte die ebenfalls Anfang Mai 1848 konstituierte und vom galizischen Statthalter Franz Graf Stadion geförderte „Holovna Rus’ka Rada“ [Ruthenischer Haupttrat] mit ihrem Übergewicht der griechisch-katholischen Geistlichen und der Staats- und Herrschaftsbeamten³⁸).

In der kroatischen Politik des Jahres 1848 spalteten sich konservative Tendenzen in bezug auf die Frage, welche Haltung man zur ungarischen Revolution einnehmen sollte. Ein Teil der Großgrundbesitzer und des Beamtenadels zog einen Vorteil aus der Anlehnung an die ungarische Regierung und nahm wichtige Positionen in der Komitatsverwaltung ein. Die zweifellos zahlreichere Gruppe des kroatischen Adels bevorzugte dagegen eine größere Selbständigkeit Kroatiens in direkter Zusammenarbeit mit Wien. Es ist höchst bezeichnend, daß beide Strömungen ihre Loyalität zum Herrscher betonten und ihren Gegnern revolutionäre Tendenzen zuschreiben wollten. Die kroatische Märzpetition an den Kaiser beschuldigte auswärtige, offenbar ungarische, Radikale, daß sie kommunistische Umtriebe, Bauernaufstände und allgemeinen Aufruhr stifteten³⁹), während aus den Reihen der sogenannten Magyaronen ein noch weniger begründetes Gerücht stammte, nämlich daß der kroatische Landtag im Juni 1848

³⁶) JAN WŚZOLEK, Adam Potocki a obóz Czartoryskiego w latach 1839–1851. U źródeł partii konserwatywnej w Galicji [Adam Potocki und das Czartoryski-Lager in den Jahren 1839–1851. Zum Ursprung der konservativen Partei in Galizien]; in: *Przegląd Historyczny* 60 (1969) 665–681, hier 667 f.

³⁷) MARIAN STOLARCZYK, Działalność lwowskiej Centralnej Rady Narodowej. W świetle źródeł polskich [Die Tätigkeit des Lemberger Zentralen Nationalrats. Im Lichte der polnischen Quellen] (Rzeszów 1994) 107 ff., 161 ff.

³⁸) JAN KOZIK, Między reakcją a rewolucją. Studia z dziejów ukraińskiego ruchu narodowego w Galicji w latach 1848–1849 [Zwischen Reaktion und Revolution. Studien zur Geschichte der ukrainischen Nationalbewegung in Galizien in den Jahren 1848–1849] (Kraków 1975).

³⁹) Den deutschsprachigen Text der Petition veröffentlichte JAROSLAV ŠIDAK, *Studije iz hrvatske povijesti za revolucije 1848/49* [Studien aus der kroatischen Geschichte während der Revolution von 1848/49] (Zagreb 1979) 71 ff.

Kaiser Ferdinand des Thrones für verlustig erklären wollte⁴⁰). Zur Schlüsselpersonlichkeit wurde der Banus von Kroatien und Slawonien Josip Jelačić von Bužim, der die Interessen des österreichischen Gesamtstaates zunächst auch gegen die Entscheidungen des Kaisers und der Wiener Regierung vertrat⁴¹). Schließlich wurde Jelačić – mit dem Fürsten Windisch-Graetz und dem Grafen Radetzky als Bestandteil des Dreigestirns WIR – zu einem der Retter der Habsburger Dynastie gegen die Revolution erklärt⁴²).

In den meisten kleineren Landtagen des Kaisertums Österreich überwog nach dem März 1848 eine reformkonservative Richtung. Die alten Stände traten noch einmal zusammen, stimmten der erweiterten Vertretung des Bürger- und Bauerntums zu, und dann wurden überall im Laufe des Sommers 1848 reformierte Landtage einberufen⁴³). In der Steiermark, in Kärnten, Krain und Mähren wirkte der seinem Wesen nach konservative Landespatritismus noch immer stärker als neue sprachnationale Bindungen. Neue slawische Vereine bevorzugten die Förderung der nationalen Sprachen und Kulturen, auch erhoben sie weitreichende nationalpolitische Forderungen, wie „Slovenija“ [Slowenien] in Wien und Graz bzw. „Slovensko društvo“ in Laibach (Ljubljana) für die Vereinigung aller slowenischen Territorien⁴⁴), oder „Moravská národní jednota“ [Mährischer Nationalverein] in Brünn für das einheitliche Vorgehen der mährischen und der böhmischen Tschechen⁴⁵), aber in ideologisch-politischer Hinsicht blieben diese

⁴⁰) DERS., O tobožnoj detronizaciji Habsburgovaca u Hrvatskom saboru 1848 [Über die angebliche Dethronisierung der Habsburger im kroatischen Landtag 1848]; in: DERS., Studije iz hrvatske povijesti za revolucije 1848/49 [Studien aus der kroatischen Geschichte während der Revolution von 1848/49] (Zagreb 1979) 115–144.

⁴¹) FERDINAND HAUPTMANN, Jelačićs Kriegszug nach Ungarn 1848, 2 Bde. (=Zur Kunde Südosteuropas II/5, Graz 1975). Vgl. GUNTHER E. ROTHENBERG, Jelačić, the Croatian Military Border, and the Intervention against Hungary in 1848; in: Austrian History Yearbook 1 (1965) 45–68, hier 55 f.

⁴²) Zum Fortleben dieser Tradition in der österreichischen Armee vgl. JOHANN CHRISTOPH ALLMAYER-BECK, Die bewaffnete Macht in Staat und Gesellschaft; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 V: Die bewaffnete Macht (Wien 1987) 1–141, hier 28.

⁴³) KARL HUGELMANN, Die österreichischen Landtage im Jahre 1848; in: Archiv für österreichische Geschichte, Teil 1: 111 (1930) 3–429; Teil 2: 114 (1938) 17–288; Teil 3: 115 (1940) 5–329; BURIAN, Die Nationalitäten in „Cisleithanien“ 85 ff., 97 f., 123 ff., 133 ff., 140 f.

⁴⁴) STANE GRANDA, Graška Slovenija v letu 1848 [Der Grazer Verein „Slovenija“ im Jahre 1848]; in: Zgodovinski časopis 27 (1974) 45–84; JERA VODUŠEK-STARIČ, Program Zedinjene Slovenije in leto 1848 [Das Programm des Vereinten Slowenien im Jahre 1848]; in: Prispevki za zgodovino delavskega gibanja 25 (1985) 3–30; STANE GRANDA, Dolenjska v revoljucionarnem letu 1848/49 [Unterkrain im Revolutionsjahr 1848/49] (Novo mesto 1995) 300–327; DERS., Das Verhältnis zwischen nationaler und sozialer Frage bei den Slowenen im Jahre 1848/49; in: RUDOLF JAWORSKI, ROBERT LUFT (Hgg.), 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 18, München 1996) 245–255.

⁴⁵) JAN KABELÍK, Moravská národní jednota. K 60. ročníku jejího založení jako příspěvek k dějinám národního obrození [Der Mährische Nationalverein. Zum 60. Gründungsjahr als Beitrag zur Geschichte der nationalen Wiedergeburt Mährens]; in: Časopis Matice moravské 33 (1909) 225–252, 321–355.

Vereine eher zurückhaltend. Demgegenüber existierte in Tirol kein gemeinsames Provinzialbewußtsein der deutschen und der italienischen Bevölkerung⁴⁶). Konservative Ansichten verteidigten die meisten gewählten Vertreter der Deutschtiroler, die im Innsbrucker Landtag und im österreichischen Reichstag als überzeugte Kämpfer für die Befreiung der katholischen Kirche von der angeblichen josephinischen Tyrannei des Staates und für die katholische Glaubenseinheit des Landes auftraten⁴⁷). In ähnlichem Sinne sammelte der in Mittelböhmen tätige Dechant und Vikar František Macan gegen das Jahresende 1848 Unterschriften auf einer Petition, damit die katholische Geistlichkeit „im Besitze und Genusse der Kirchengüter gelassen werde“⁴⁸).

Konservative Vereine katholischer Prägung entstanden in den Provinzen früher als in Wien. Ende April 1848 wurde in Innsbruck der „Katholisch-konstitutionelle Verein für Tirol und Vorarlberg“ gegründet, der sich rasch über das ganze Land verzweigte und in kurzer Zeit mehr als tausend Mitglieder zählte⁴⁹). In der ostböhmisches Kreisstadt Chrudim wurde ein tschechisch-patriotischer „Spolek sv. Václava“ [St. Wenzels-Verein] wahrscheinlich Ende Mai 1848 ins Leben gerufen und später in einen Zweigverein der tschechischen „Katolická jednota“ [Katholische Union] umgebildet. Die tschechische katholische Vereinsbewegung des Jahres 1848 war mit den Reformbestrebungen des niederen Klerus eng verbunden, wenn auch die radikalsten Forderungen, wie die Aufhebung des Zölibats, freie Diskussion über Kirchenangelegenheiten, Wahl der Vorgesetzten oder Lockerung der strengen Disziplin in den Priesterseminaren, eher in Volksversammlungen und in der tschechischen Presse als in Vereinen auftauchten⁵⁰). Die Möglichkeit einer Aufhebung des Zölibats wurde auch unter den kroatischen katholischen Geistlichen diskutiert⁵¹). Demgegenüber war der im Juni 1848 gegründete „Katholikenverein für Glauben, Freiheit und Gesittung“ in Wien deut-

⁴⁶) BURIAN, Die Nationalitäten in „Cisleithanien“ 162.

⁴⁷) SPRINGER, Geschichte Österreichs II 611 f.; RICHARD SCHÖBER, Geschichte des Tiroler Landtages im 19. und 20. Jahrhundert (=Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 4, Innsbruck 1984) 145 ff.; HANS HEISS, THOMAS GÖTZ, Am Rand der Revolution. Tirol 1848/49 (Wien – Bozen 1998).

⁴⁸) JOSEF ALEXANDER HELFERT, Erlebnisse und Erinnerungen II: Ministerium Schwarzenberg-Stadion; in: Die Kultur 3 (1901/02) 1–18, 97–120, 183–213, hier 190 f.

⁴⁹) JOSEF FONTANA U. A., Geschichte des Landes Tirol, 4 Bde. (Bozen – Innsbruck – Wien 1985–1988), hier II: Die Zeit von 1490–1848 709.

⁵⁰) FRANZ NÁHLOVSKÝ, Versammlung der Geistlichkeit, gehalten zu Prag 18. und 22. Mai 1848 (Prag 1848). Vgl. FRANTIŠEK ROUBÍK, České kněžstvo v roce 1848 [Das tschechische Priestertum im Jahre 1848]; in: Akord 5 (1932) 62–70; PAVEL KŘIVSKÝ, Das Nachleben des reformkatholischen Programms Franz Náhlovskýs in den späteren Reformbestrebungen der katholischen Geistlichkeit; in: GERHARD OBERKOFER, ELEONORE ZLABINGER (Hgg.), Ost-West-Begegnung in Österreich. Festschrift für Eduard Winter zum 80. Geburtstag (Wien – Köln – Graz 1976) 157–166.

⁵¹) JURE KRIŠTO, Katolička crkva u Hrvatskoj 1848 u kontekstu europskih zbivanja [Katholische Kirche in Kroatien 1848 im Kontext europäischer Ereignisse]; in: MIRKO VALENTIĆ (Hg.), Hrvatska 1848. i 1849. Zbornik radova [Kroatien 1848 und 1849. Ein Sammelband] (Zagreb 2001) 223–234.

lich konservativer und neben der Bildungstätigkeit vorwiegend auf karitative Tätigkeit hin orientiert⁵²).

2. Die liberale Mitte als Träger der bürgerlichen Verfassungsrevolution

Zum Leitsatz aller liberalen Strömungen im österreichischen Kaiserstaat wurde die Konstitution. Fast über Nacht war alles konstitutionell – Hüte, Krawatten, Schirme, Kipfel, sogar eine konstitutionelle Polka erblickte das Licht der Welt⁵³). In allen Kronländern forderten viele Versammlungen und Petitionen die Abschaffung der Zensur, Presse- und Redefreiheit, Beseitigung der Untertanenpflichten, freie Gemeindeordnungen, aber auch Bewaffnung der Bürger gegen Unordnung und Plünderungen. Den Liberalen zufolge sollten sozial unabhängige Männer parlamentarische Vertretungskörper auf verschiedenen Ebenen wählen. Die staatliche Macht sollte zugunsten der Grundrechte der einzelnen Staatsbürger eingeschränkt werden, und die konstitutionelle Monarchie erschien als die geeignetste Staatsform. Viele liberale Forderungen waren bereits vor 1848 in den Landtagsdiskussionen und oppositionellen Broschüren aufgetaucht. Erst im Frühjahr 1848 zeigte sich jedoch, wie differenziert und sogar gegensätzlich die im Entstehen begriffenen liberalen Strömungen und Organisationen in der Habsburgermonarchie nach nationalen Kriterien waren.

Am besten organisiert waren die ungarischen Liberalen mit Lajos Kossuth an der Spitze, die seit dem Jahre 1840 eine feste Stütze in der Deputiertentafel des ungarischen Landtags besaßen⁵⁴). Als eine politische Partei traten die ungarischen Liberalen mit der Programmklärung vom Juni 1847 auf, die von Kossuth entworfen und von Ferenc Deák modifiziert worden war. Sie forderten die nationale Souveränität Ungarns unter der Habsburger Dynastie, die Vereinigung der Länder der ungarischen Krone (einschließlich Kroatiens und Siebenbürgens), wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen, darunter Presse- und Religionsfreiheit, Ausdehnung des Wahlrechts, Schaffung eines dem Landtag verantwortlichen Ministeriums, Gleichheit vor dem Gesetz und allgemeine Besteuerung, allerdings auch Einführung des Ungarischen als offizielle Sprache in Verwaltung und Unterricht. Den „anderssprachigen Völkerschaften“ wurde eine vorsichtige Schonung versprochen, sonst wurden die Sprachen- und Nationalitätenprobleme nicht berücksichtigt. Jeder Bürger Ungarns sollte individuell, ohne Rücksicht auf Rang, Rasse oder Religion, am Segen der Reformen teilnehmen⁵⁵). Diese Programmklärung, ob-

⁵²) WALTER SAUER, Katholisches Vereinswesen in Wien. Zur Geschichte des christlichsozial-konservativen Lagers vor 1914 (=Geschichte und Sozialkunde, Forschungen 5, Salzburg 1980). Vgl. HÄUSLER, Von der Massenarmut 342 f.

⁵³) Hervorgehoben von JOSEF POLIŠENSKÝ, Revoluce a kontrarevoluce v Rakousku 1848 [Revolution und Konterrevolution in Österreich 1848] (Praha 1975) 132 f.

⁵⁴) Grundlegend DOMOKOS KOSÁRY, Kossuth Lajos a reformkorban [Lajos Kossuth im Reformzeitalter] (Budapest 1946). Vgl. ferner GEORGE BARANY, The Awakening of Magyar Nationalism before 1848; in: Austrian History Yearbook 2 (1966) 19–54, hier 44 ff.; ANDRÁS GERŐ (Hg.), Die ungarischen Liberalen (Budapest 1999).

⁵⁵) LÁSZLÓ PÉTER, Die Verfassungsentwicklung in Ungarn; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1: Verfassung und Parlamentaris-

gleich von der Wiener Regierung verboten, wurde in ganz Ungarn verbreitet, und sie übte Einfluß auch auf die nichtungarischen Länder der Monarchie aus⁵⁶). Anhänger der ungarischen Liberalen gaben bei der Wahl zum ungarischen Landtag im Oktober 1847 ihre Stimmen feierlich mit rot-weiß-grünen Federn an Hüten ab, und sie trugen dazu bei, daß die Liberalen etwa die Hälfte der Sitze in der ungarischen Deputiertentafel einnahmen. Sie vertraten vorwiegend die Interessen des zahlreichen niederen Adels und waren zugleich geeignet, die führende Rolle in der ungarischen Nationalbewegung zu übernehmen⁵⁷).

Bald nach dem 15. März 1848 beherrschten die ungarischen Liberalen die meisten wichtigen Machtorgane im Lande. Sechs Liberale von der Pester Stadtversammlung und drei Adelige aus dem politischen Freundeskreis Kossuths bildeten die Mehrheit im neuentstandenen „Közbátorsági Választmány“ [Ausschuß für öffentliche Sicherheit] in Pest⁵⁸). Mit der Ernennung von Lajos Graf Batthyány zum ungarischen Ministerpräsidenten am 17. März übernahmen die ungarischen Liberalen die Regierungsgewalt, als die einzigen Liberalen in der damaligen Vielvölkermonarchie. In den folgenden Tagen billigte die ungarische Deputiertentafel in Preßburg (Pozsony, Bratislava) einunddreißig liberale Gesetzentwürfe, die dann nach der Genehmigung der Staatskonferenz und des Herrschers als „Aprilgesetze“ in Geltung traten⁵⁹). Das liberale Oppositionsprogramm vom Juni 1847 schien erfüllt, zum Teil übertroffen zu sein. Ein halbes Jahr hielt eine konstitutionelle Regierung liberalen Zuschnitts durch, was im revolutionären Mitteleuropa des Jahres 1848 fast einzigartig war. Auch in den Wahlen in die erste ungarische Nationalversammlung, die von Anfang Juni bis Mitte Juli 1848 stattfanden, wurden mit wenigen Ausnahmen vornehme liberale Persönlichkeiten und Vertreter bekannter Adelsfamilien ins Parlament entsandt, wobei mehr als die Hälfte aller Abgeordneten ohne Gegenkandidaten gewählt wurde⁶⁰). Konzessionen an nichtungarische Nationalitäten wurden als Verrat an den liberalen Ideen aufgefaßt. Es ist aber durchaus fraglich, ob etwaige beschränkte Zugeständnisse die Machtkonfrontation zwischen der ungarischen Revolution und den Nationalbewegungen der Kroaten, Serben, Rumänen und Slowaken hätten verhindern können.

Liberale Strömungen in Wien und Niederösterreich kamen zunächst in privaten Gesprächen aufgeschlossener Adelliger und Staatsbeamter⁶¹) und dann

mus. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 239–540, hier 263 ff.; vgl. auch DEÁK, Die rechtmäßige Revolution 59.

⁵⁶) Vgl. OKÁČ, Český sněm [Der böhmische Landtag] 39–43.

⁵⁷) HANÁK, 1848: Bedeutung für das ungarische Nationalbewußtsein 43 ff.

⁵⁸) LÁSZLÓ DEME, The Committee of Public Safety in the Hungarian Revolution of 1848; in: Canadian Slavic Studies 5 (1971) 383–400.

⁵⁹) DEÁK, Die rechtmäßige Revolution 82–87, 93 ff.

⁶⁰) ANDOR CSIZMADIA, A magyar választási rendszer 1848–1849-ben. Az első népképviselési választások [Das ungarische Wahlsystem 1848–1849. Die ersten Wahlen auf Grundlage der Volksvertretung] (Budapest 1963); DEÁK, Die rechtmäßige Revolution 129.

⁶¹) Zur „gebildeten Halböffentlichkeit“ zutreffend WALTRAUD HEINDL, Gehorsame Rebellen. Bürokratie und Beamte in Österreich 1780 bis 1848 (=Studien zu Politik und Verwaltung 36, Wien – Köln – Graz 1991) 186.

hauptsächlich in den im Ausland gedruckten oppositionellen Broschüren zum Ausdruck. Eine Art Offenbarung war im Herbst 1842 die scharfe Kritik am österreichischen Regierungssystem, die in der anonymen, vom Freiherrn Viktor von Andrian-Werburg verfaßten Schrift enthalten war⁶²). Die liberal gesinnte Gesellschaft Wiens fand Zuflucht im „Juridisch-politischen Leseverein“, der unter dem Schutz des Staatsministers Franz Graf Anton Kolowrat-Liebsteinsky gestanden sein soll⁶³), im „Niederösterreichischen Gewerbeverein“ und im Schriftstellerverband „Concordia“⁶⁴). Im Sinne des „Staats-Lexicons“ der Freiburger Universitätsprofessoren Carl Rotteck und Carl Theodor Welcker⁶⁵) forderten die Wiener Liberalen die Umbildung des absolutistisch und bürokratisch regierten Polizeistaates in einen konstitutionellen Staat mit Parlament, verantwortlicher Regierung, unabhängigen Gerichten, Presse- und Versammlungsfreiheit, öffentlichen Staatsfinanzen und freier Gemeindeordnung. Oppositionelle Mitglieder des niederösterreichischen ständischen Landtags, vom Freiherrn Anton Doblhoff-Dier geführt, bemühten sich, die Zusammensetzung dieses Vertretungskörpers wesentlich zu erweitern⁶⁶). Vom „Juridisch-politischen Leseverein“ und vom Gewerbeverein sowie von Ausschüssen der Universitätsstudenten und der Wiener Bürger wurden drei verschiedene Petitionen vorbereitet, in denen mit Nachdruck konstitutionelle Freiheiten verlangt wurden⁶⁷).

Revolutionäre Ereignisse in Norditalien und in Paris, unmittelbar darauf die feurige Rede Lajos Kossuths im ungarischen Landtag, regten auch in Wien eine Verdickung der oppositionellen Atmosphäre an. Weder in den Vereinen des liberalen Bürgertums noch in den Reihen der adeligen Opposition war von Revolution die Rede, überall befürwortete man eine grundlegende Reform⁶⁸). Die

⁶²) [VIKTOR FREIHERR VON ANDRIAN-WERBURG], Oesterreich und dessen Zukunft, 2 Bde. (Hamburg ³1843 und 1847); vgl. MADELEINE RIETRA, Oesterreich und dessen Zukunft. Zur Österreich-Utopie des Freiherrn Viktor Franz von Andrian-Werburg; in: KLAUS AMANN, HUBERT LENGAUER, KARL WAGNER (Hgg.), Literarisches Leben in Österreich 1848–1890 (=Literaturgeschichte in Studien und Quellen 1, Wien – Köln – Weimar 2000) 42–59.

⁶³) Vgl. FRIEDRICH ENGEL-JANOSI, Der Wiener Juridisch-politische Leseverein. Seine Geschichte bis zur Revolution; in: Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Stadt Wien 4 (1923) 58–66. Jetzt hauptsächlich WILHELM BRAUNEDER, Leseverein und Rechtskultur. Der Juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990 (Wien 1992) 157–247.

⁶⁴) HUBERT LENGAUER, Ästhetik und liberale Opposition. Zur Rollenproblematik des Schriftstellers in der österreichischen Literatur um 1848 (=Literatur in der Geschichte, Geschichte in der Literatur 17, Wien – Köln 1989) 65–92.

⁶⁵) CARL VON ROTTECK, CARL THEODOR WELCKER (Hgg.), Das Staats-Lexicon oder Encyclopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, 12 Bde. (Altona 1834–1847); 15 Bde. (Altona ²1845–1848).

⁶⁶) BIBL, Die niederösterreichischen Stände 307 f.; KARL HUGELMANN, Die Landtagsbewegung des Jahres 1848 in Österreich unter der Enns; in: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich N.F. 13–14 (1914–1915) 495–530.

⁶⁷) Die Petitionen wurden auch in Flugblättern unterstützt; OTRUBA, Wiener Flugschriften II 111, Nr. 902.

⁶⁸) HEINRICH RESCHAUER, MORITZ SMETS, Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution, 2 Bde. (Wien 1872, ²1876); MAXIMILIAN BACH, Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848 (Wien 1898); R. JOHN RATH, The Viennese Revolution of 1848 (Austin 1957). Zusammenfassend vgl. WOLFGANG HÄUSLER, Zur sozialen und nationalen Problematik der Revolution von 1848/49

angekündigte Vorlage der Petitionen bei den Ständen am 13. März 1848 verwandelte sich in einen blutigen Zusammenstoß der Demonstranten mit dem Militär, wobei die gemäßigten Wiener Liberalen zwar die Initiative verloren, aber sie konnten die Erfüllung ihrer Grundforderungen verzeichnen. Staatskanzler Fürst Metternich wurde entlassen, Kaiser Ferdinand versprach eine Konstitution, Presse- und Redefreiheit wurden zugesichert. Zwei führende Politiker, die als Liberale betrachtet wurden, Freiherr von Andrian-Werburg und der Advokat Alexander Bach als Hauptinitiator der Wiener Bürgerpetition, erhielten als Vertreter Österreichs Einladungen in den Frankfurter Fünfziger-Ausschuß zur Vorbereitung der Wahlen in die deutsche konstituierende Nationalversammlung⁶⁹). Die am 25. April 1848 verkündete österreichische Verfassung, die auf Ungarn und die norditalienischen Provinzen keinen Bezug hatte, trug klare Züge des liberalen Gedankenguts⁷⁰): im Zweikammersystem sollte die Kammer der Abgeordneten die Interessenvertretung und die Steuerleistung berücksichtigen, während der Senat aus volljährigen Prinzen des kaiserlichen Hauses, aus den vom Kaiser ernannten Mitgliedern und aus hundertfünfzig gewählten Großgrundbesitzern bestehen würde⁷¹).

Im Unterschied zu den altösterreichischen Konservativen war die Mehrheit der deutschösterreichischen liberalen Politiker des Jahres 1848 direkt oder indirekt mit dem deutschen nationalen Einigungsprozeß verbunden. Unter den in die Frankfurter Nationalversammlung gewählten österreichischen Abgeordneten unterstützte eine starke Gruppe rechtsliberaler Politiker die aktive Teilnahme Österreichs an deutschen Angelegenheiten, allerdings mit Schonung der Integrität des österreichischen Kaiserstaates und seiner Territorien außerhalb der Grenzen des Deutschen Bundes⁷²). Linkliberale Ansichten und Stellungnahmen waren

in der Donaumonarchie; in: ERICH ZÖLLNER (Hg.), *Revolutionäre Bewegungen in Österreich* (=Schriften des Instituts für Österreichkunde 38, Wien 1981) 110–128, hier 112; DERS., „Was kommt heran mit kühnem Gange?“ Ursachen, Verlauf und Folgen der Wiener Märzrevolution 1848; in: ERNST BRUCKMÜLLER, WOLFGANG HÄUSLER (Hgg.), 1848. *Revolution in Österreich* (=Schriften des Instituts für Österreichkunde 62, Wien 1999) 23–54.

⁶⁹) Den gleichlautenden Text der Einladungen an sechs Männer, „welche nach der Überzeugung des Ausschusses das Vertrauen des österreichischen Volks besitzen“, veröffentlichte Jiří KOŘALKA, *Palacký a Frankfurt 1840–1860: husitské bádání a politická praxe* [Palacký und Frankfurt 1840–1860: Hussitenforschung und politische Praxis]; in: *Husitský Tábor 6–7* (1983–1984) 239–360, hier 305.

⁷⁰) Das von Pillersdorf erwähnte und in der älteren Literatur oft hervorgehobene belgische Vorbild der Aprilverfassung zieht WILHELM BRAUNEDER, *Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918*; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1: Verfassung und Parlamentarismus. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften* (Wien 2000) 69–237, hier 91, in Zweifel.

⁷¹) EDMUND BERNATZIK (Hg.), *Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen* (Wien ²1911) Nr. 36, 102–109.

⁷²) Friedrich Hebbel schrieb zutreffend im April 1848: „Die Österreicher sinnen jetzt darüber, wie sie sich mit Deutschland vereinigen können, ohne sich mit Deutschland zu vereinigen. Das wird schwer auszuführen sein, ebenso schwer, als wenn zwei, die sich küssen, sich hierbei den Rücken zuzukehren wünschten.“ Zitiert nach ADAM WANDRUSZKA, *Großdeutsche und kleindeutsche Ideologie 1840–1871*; in: ROBERT A. KANN, FRIEDRICH E. PRINZ (Hgg.), *Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch* (Wien – München 1980) 110–142, hier 120.

dagegen stärker unter den in den böhmischen Ländern gewählten deutschen Abgeordneten der Frankfurter Paulskirche verbreitet⁷³). Die in Frankfurt am Main anwesenden deutschösterreichischen Liberalen besaßen keine eigene Organisationsbasis. Die meisten von ihnen traten den überregionalen parlamentarischen Klubs bei, hauptsächlich dem rechten Zentrum im „Casino“ und „Pariser Hof“, oder dem linken Zentrum im „Württembergischer Hof“, von dem sich eine gemäßigt liberale Gruppe abspaltete (unter anderen die in Niederösterreich gewählten Alfred von Arneth und Ignatz Kaiser oder der spätere Direktor des Wiener Burgtheaters Heinrich Laube)⁷⁴). Gerade diese gemäßigten Liberalen waren bemüht, bei der Abstimmung über die §§ 2 und 3 des deutschen Verfassungsentwurfs, daß kein Teil des deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe, eine Kompromißlösung zu finden, aber vergeblich⁷⁵).

Obleich die österreichische Verfassung vom 25. April 1848 in der Kodifizierung der Grundrechte den Ansprüchen der Liberalen entsprach, wurde sie infolge der Ablehnung des Zweikammersystems und des beschränkten Wahlrechts fallengelassen. So wurde im Juni und Anfang Juli 1848 der verfassunggebende österreichische Reichstag unter Bedingungen des bis zur Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts 1907 bei weitem demokratischsten Wahlrechts gewählt⁷⁶). Während die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt zum großen Teil eine höhere Bildung hatten, wählte man dreizehn bäuerliche Abgeordnete in Oberösterreich, zwölf in Niederösterreich und je sechs Bauern in Kärnten und Krain in den Wiener Reichstag⁷⁷). Auf der linken Seite des Parlamentssaals nahmen deutschösterreichische Liberale und Demokraten ihre Sitze ein, ohne zunächst einen festen Klub zu bilden. Von Mitte Juli 1848 bis zum

⁷³) HANS SCHENK, Die Abgeordneten aus Böhmen, Mähren und Schlesien in der Paulskirchenversammlung; in: HEINRICH KUHN (Hg.), Sudetendeutschtum gestern und heute – eine gesamtdeutsche Verpflichtung (=Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs, München 1986) 9–31, hier 28.

⁷⁴) RAINER KOCH (Hg.), Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassunggebenden Reichs-Versammlung (Kehlheim 1989) 37–41.

⁷⁵) Zur „Frage an Österreich“ vgl. JIŘÍ KOŘALKA, Deutschland und die Habsburgermonarchie 1848–1918; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/2: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen (Wien 1993) 1–158, hier 15–19.

⁷⁶) Doch war das Männerwahlrecht von 1848 nicht allgemein, siehe KARL OBERMANN, Die österreichischen Reichstagswahlen 1848. Eine Studie zur Frage der sozialen Struktur und der Wahlbeteiligung auf Grundlage der Wahlakten; in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 26 (1973) 342–374.

⁷⁷) ERNST BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs (Wien – München ²2001) 268 ff. Für eine ausführliche Analyse vgl. GABRIELE ASMERA, Der Reichstag 1848 in Wien und seine politischen Gruppierungen, geisteswiss. Diss. (Wien 1985). Vgl. auch ANDREAS GOTTMANN, Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1: Verfassung und Parlamentarismus. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 569–665, hier 586–591.

Nachklang des Wiener Oktoberaufstandes waren mit Doblhoff und Bach zwei anerkannte Altliberale in der österreichischen Regierung vertreten, aber trotzdem genoß das Ministerium kein Vertrauen auf der linken Seite des Reichstags. Erst nach der militärischen Unterdrückung der Wiener Revolution und nach der Übersiedlung des Reichstags nach Kremsier in der zweiten Novemberhälfte 1848 konstituierte sich der „Klub der Linken“ mit etwa 80 Abgeordneten. Dieser Klub war unter Umständen bereit, entweder mit den tschechischen Liberalen oder mit dem regierungsnahen Zentrum im Kremsierer Reichstag zeitweilige Koalitionen abzuschließen⁷⁸⁾.

Unter allen Teilnehmern am politischen Leben der nichtungarischen Kronländer der Habsburgermonarchie im Jahre 1848 zeichneten sich die polnischen Liberalen aus Galizien durch die größte politische Erfahrung aus. Die ideologischen und organisatorischen Wurzeln des polnischen Liberalismus reichten zurück in die Emigration nach dem polnischen Aufstand von 1830/31 und in mehrere Geheimbünde in Galizien und in der bis 1846 freien Stadt Krakau (Kraków⁷⁹⁾). Neben ehemaligen Aufständischen fanden diese illegalen Organisationen ihre Anhänger unter Advokaten, Herrschaftsbeamten, Studenten, aber auch im niederen Klerus und im Kleinadel. Das Ziel der Wiederherstellung des polnischen Staates wurde immer stärker mit Forderungen einer gesellschaftlichen und politischen Reform kombiniert. Aus diesen oppositionellen Kreisen stammte die erste, von Franciszek Smolka und Florian Ziemiałkowski vorgelegte Petition vom 18. März 1848, die eine politische Amnestie, Abschaffung der Zensur, gleiche Rechte für alle Bürger, zugleich aber auch die polnische Verwaltung Galiziens und die Einberufung des galizischen Landtags forderte⁸⁰⁾. Am 14. April 1848 wurde in Lemberg die „Centralna Rada Narodowa“ gebildet, die allerdings von der österreichischen Regierung nicht anerkannt und am 26. April 1848 aufgelöst wurde; in der Illegalität wirkte die Rada Narodowa „halb konspiratorisch“ weiter⁸¹⁾. Gemäßigte galizisch-polnische Liberale, wie Fürst Jerzy Lubomirski,

⁷⁸⁾ Vgl. PETER BURIAN, Koalitionen im ersten österreichischen Parlament. Ein Brief Josef Lassers aus dem Februar 1849; in: HARTMUT BOOCKMANN, KURT JÜRGENSEN, GERHARD STOLTENBERG (Hgg.), *Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann* (Neumünster 1980) 203–217, hier 204.

⁷⁹⁾ STEFAN KIENIEWICZ, The Social Vision of Poland in 1848; in: *The Slavonic and East European Review* 27 (1948/49) 91–105; ZBIGNIEW FRAS, Die liberale Strömung unter den galizischen Demokraten 1848–1882; in: HANS-GEORG FLECK, RYSZARD KOŁODZIEJCZYK (Hgg.), *Liberales Traditionen in Polen* (Warszawa 1994) 143–158, insbes. 145–149; VÁCLAV ŽÁČEK, *Čechové a Poláci roku 1848. Studie k novodobým politickým stykům česko-polským* [Tschechen und Polen im Jahre 1848. Eine Untersuchung zu den neuzeitlichen tschechisch-polnischen politischen Beziehungen] I (Praha 1947) 121 ff., 211–215.

⁸⁰⁾ Alle dreizehn Punkte der Petition bei STANISŁAW GRODZISKI, Der Landtag des Königreiches Galizien und Lodomerien; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus. Die regionalen Repräsentativkörperschaften* (Wien 2000) 2131–2169, hier 2133 Anm. 7.

⁸¹⁾ So BURIAN, *Die Nationalitäten in „Cisleithanien“* 103. Ausführlich vgl. STOLARCZYK, *Działalność lwowskiej Centralnej Rady Narodowej* [Die Tätigkeit des Lemberger Zentralen Nationalrats] 87–108.

neigten zur Zusammenarbeit mit den tschechischen Liberalen und anderen österreichischen Slawen⁸²), während radikalere polnische Adelspolitiker gemeinsame Interessen mit der deutschösterreichischen Linken und mit der ungarischen Revolution suchten⁸³). In Übereinstimmung damit verblieben die polnischen Reichstagsabgeordneten während der Oktoberrevolution in Wien und ihr Kandidat Franciszek Smolka wurde wiederholt zum Reichspräsidenten gewählt.

Die politische Führungsgruppe der tschechischen Nationalbewegung, die sich seit der Mitte der vierziger Jahre um den böhmisch-ständischen Historiographen František Palacký konstituierte⁸⁴), befürwortete eine weitreichende Reform der politischen Verhältnisse im Kaisertum Österreich. Der einflußreichste tschechische Journalist Karel Havlíček erklärte in einer Artikelserie von 1846 die Grundsätze der Gemeindegeldverwaltung⁸⁵), während Palacký den Repräsentanten des böhmischen Adels die neue Rolle der Aristokratie in der bürgerlichen Gesellschaft klarzulegen versuchte⁸⁶). Zwei wichtige Prager Vereine dienten als Versammlungszentren der tschechischen Liberalen vor März 1848. In dem 1833 behördlich bewilligten „Jednota k povzbuzení průmyslu v Čechách/Verein zur Ermunterung des Gewerbsgeistes in Böhmen“ setzte sich die tschechische liberale Opposition nach der Statutenänderung von 1845 durch, und die erregten Diskussionen in den Monatsversammlungen des Vereins waren insbesondere für František Ladislav Rieger und Antonín Strobach eine gute Vorbereitung auf ihre spätere Tätigkeit im österreichischen konstituierenden Reichstag⁸⁷). Im Juli 1845 genehmigte das böhmische Gubernium die Gründung der „Bürgerressource“ (die tschechische Bezeichnung „Měšťanská beseda“ wurde von vielen späteren Vereinen in Böhmen und Mähren übernommen), wo tschechische und im nationalpolitischen Sinne nicht festzulegende Prager Besitz- und Bildungsbürger im Geist

⁸²) Vgl. VÁCLAV ŽÁČEK (Hg.), *Slovanský sjezd v Praze roku 1848. Sbíрка dokumentů [Der Slawenkongreß in Prag. Eine Dokumentensammlung]* (Praha 1958) 28 f., 96 ff., 229 f.

⁸³) JAN URBAŃCZYK, *Die polnischen Abgeordneten aus Galizien im österreichischen konstituierenden Reichstag 1848–1849*; in: *Studia Austro-Polonica* 2 (1980) 151–178.

⁸⁴) OTTO URBAN, *Zur Frage der Voraussetzungen der politischen Tätigkeit des tschechischen Bürgertums in den Jahren 1848/1849*; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ULRIKE DÖCKER, HANNES STEKL, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Bürgertum in der Habsburgermonarchie* (Wien – Köln 1990) 205–210.

⁸⁵) KAREL HAVLÍČEK BOROVSÝ, *Co jest obec? [Was ist Gemeinde?]*; in: DERS., *Politické spisy [Politische Schriften]*, hg. von Zdeněk V. Tobolka (Praha 1900) I 126–152.

⁸⁶) Gedruckt in: FRANTIŠEK PALACKÝ, *Gedenkblätter. Auswahl aus Denkschriften, Aufsätzen und Briefen aus den letzten fünfzig Jahren* (Prag 1874) 135–142, 147 f. Vgl. JIŘÍ KOŘALKA, *František Palacký 1798–1876. Životopis [František Palacký 1798–1876. Eine Biographie]* (Praha 1998) 234–240; eine deutsche Fassung dieses Buches befindet sich in Druck: DERS., *František Palacký (1798–1876). Der Historiker der Tschechen im österreichischen Vielvölkerstaat (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 30)*.

⁸⁷) Ausführlich dazu JAN KLEPL, *Průmyslová jednota a české úsilí před březnem 1848 [Der Gewerbeverein und tschechische Bestrebungen vor dem März 1848]*; in: BEDŘICH MANSFELD (Hg.), *Sto let Jednoty k povzbuzení průmyslu v Čechách 1833–1933 [Hundert Jahre des Vereins zur Ermunterung des Gewerbsgeistes in Böhmen 1833–1933]* (Praha 1934) 169–240. Vgl. auch HANS RAUPACH, *Der tschechische Frühnationalismus. Ein Beitrag zur Gesellschafts- und Ideengeschichte des Vormärz in Böhmen* (Darmstadt 1969) 57–68.

der Zweisprachigkeit und unter der erst 1853 verbotenen Vereinsparole „Gleichheit und Eintracht“ verkehrten. Ende Januar 1846 wurde das Vereinslokal der Prager „Bürgerressource“ eröffnet und erlebte seitdem tagtägliche Zusammenkünfte und Diskussionen über Neuigkeiten in den im Vereinslokal aufliegenden Zeitungen und Zeitschriften⁸⁸⁾.

Die erste öffentliche Versammlung in Prag fand am 11. März 1848 im großen Saal des Gasthauses zum St. Wenzelsbad⁸⁹⁾ ohne Initiative und aktive Mitwirkung der tschechischen liberalen Führungsgruppe statt⁹⁰⁾. Die Zusammensetzung des „Svatováclavský výbor“ [St. Wenzelsbad-Ausschuß] und vor allem der vereinbarte Text der ersten Prager Petition, die am 22. März 1848 dem Kaiser vorgelegt wurde, widerspiegelten jedoch die rasch erlangte führende Rolle der bürgerlichen Liberalen innerhalb der tschechischen Bewegung, zum Teil im Einverständnis mit dem reformwilligen Teil des böhmischen Adels. Unter den tschechischen Liberalen entstanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Vereinigung der Länder der böhmischen Krone (so František Augustin Brauner) oder die Gleichberechtigung der beiden Nationalitäten und Sprachen in Schulen, Ämtern und vor Gericht (so Adolf Maria Pinkas) an die erste Stelle der Forderungen gesetzt werden sollte. Erst dann folgten die geläufigen liberalen Forderungen nach der Erweiterung des Wahlrechts, der freien Gemeindeordnung, der Presse- und Religionsfreiheit⁹¹⁾. Der am 10. April 1848 aus der Verschmelzung des St. Wenzelsbad-Ausschusses mit der Gubernialkommission Rudolf Graf Stadions entstandene „Národní výbor“ [Nationalausschuß] wirkte von Anfang an unter dem entscheidenden Einfluß der tschechischen Liberalen. Es war kein Zufall, daß sowohl die beiden Petitionen als auch der Absagebrief Palackýs an den Frankfurter Fünfziger-Ausschuß in den Räumlichkeiten der Prager „Bürgerressource“ unterschrieben und verlautbart wurden⁹²⁾. Das von Karel Havlíček redigierte Tagblatt *Národní Noviny* [Nationalzeitung] beherrschte den größten Teil der öffentlichen Meinung in den tschechischen Städten und Dorfgemeinden Böhmens⁹³⁾. In den nie zusammengetretenen böhmischen Landtag sowie in den

⁸⁸⁾ ALOIS STOMPFE, *Devadesát let Besedy měšťanské v Praze 1846–1936* [Neunzig Jahre Bürgerressource in Prag 1846–1936] (Praha 1936) 3 ff.

⁸⁹⁾ Das St. Wenzelsbad in der Prager Neustadt, wo wenigstens 800 „anständig gekleidete Personen“ zusammentrafen, gab den Namen nicht nur der Versammlung, sondern auch dem dort gewählten vierundzwanzigköpfigen Ausschuß.

⁹⁰⁾ KAZBUNDA, *Ceské hnutí 1848* [Tschechische Bewegung 1848] 45 ff. Vgl. JIŘÍ KOŘALKA, František Palacký im politischen Geschehen des revolutionären Frühjahrs 1848; in: *Historica*, Series Nova 3–4 (1996–1997) 89–105, hier 94 ff.

⁹¹⁾ Verschiedene Textvarianten der Petition bei JAN M. ČERNÝ, *Boj za právo. Sborník aktů politických u věcech státu a národa českého od roku 1848* [Der Kampf um das Recht. Eine Sammlung politischer Dokumente in den Angelegenheiten des böhmischen Staates und der böhmischen Nation seit 1848] I (Praha 1893) 3–17.

⁹²⁾ STOMPFE, *Devadesát let* [Neunzig Jahre] 5 f.; JIŘÍ KOŘALKA, *Pozvání do Frankfurtu* [Einladung nach Frankfurt] (=Slovo k historii 24, Praha 1990) 18.

⁹³⁾ Für eine Analyse der Abonnenten vgl. FRANTIŠEK ROUBÍK, *Časopisectvo v Čechách v letech 1848–1862* [Das Zeitschriftenwesen in Böhmen in den Jahren 1848–1862] (Praha 1930) 40 f.

österreichischen Reichstag in Wien und Kremsier wurden von den tschechischen Wählern fast ausnahmslos jene Kandidaten entsandt, die von der tschechischen liberalen Führungsgruppe empfohlen worden waren⁹⁴).

Die militärische Unterdrückung des Prager Aufstandes, der im Juni 1848 gegen den Willen der Liberalen ausgebrochen war, bedeutete einen schweren Rückschlag für die Vorstellungen und Wünsche der tschechischen liberalen Politiker. Der Prager Nationalausschuß mit zwölf Abteilungen, der einigen Beobachtern als eine Art provisorischer Regierung für das tschechische Böhmen erschienen war⁹⁵), wurde aufgelöst, der fast vollständig gewählte böhmische Landtag wurde nicht einberufen, über Prag wurde der Belagerungszustand verhängt. Seit Juli 1848 verlegte die tschechische liberale Führungsgruppe unter Palacký und Rieger den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in den Reichstag nach Wien und Kremsier. Nur Havlíček äußerte bald seine Unzufriedenheit mit dem Parlament und kehrte in die Prager Redaktion der *Národní Noviny* zurück⁹⁶). Die Autorität der tschechischen liberalen Führungsgruppe war so groß, daß sich auch die konservativ und die demokratisch gesinnten tschechischen Reichstagsabgeordneten ihr in den meisten Fällen fügten. Das Interesse an der Aufrechterhaltung des österreichischen Kaiserstaates verband tschechische Liberale mit den reformkonservativen Altösterreichern, aber in der Grundrechtsdebatte des Kremsierer Reichstags im Januar 1848 kam es zu einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen dem von tschechischen Liberalen geführten „Slawischen Klub“ und der deutschösterreichischen Linken⁹⁷).

Neben ungarischen, deutschen, polnischen und tschechischen Liberalen waren in den Jahren 1848/49 Vertreter liberaler Grundsätze und Anschauungen auch unter Politikern anderer Nationalitäten der Habsburgermonarchie zu finden, wie es dem damaligen Zeitgeist entsprach. Freisinnige Grundforderungen, wie Erweiterung des Wahlrechts, Presse- und Versammlungsfreiheit und vollständige Bauernbefreiung, waren neben der Anerkennung der nationalpolitischen und

⁹⁴) JAN HEIDLER, *Český sněm ústavodárný 1848* [Der böhmische verfassunggebende Landtag von 1848]; in: *Český časopis historický* 13 (1907) 36–59; KAREL KAZBUNDA, *Archiv ústavodárneho říšského sněmu (1848/49), rakouské říšské rady (1851–1861) a rozmnžené rady říšské (1860–1861)* [Das Archiv des verfassunggebenden Reichstags (1848/49), des österreichischen Reichsrats (1851–1861) und des verstärkten Reichsrats (1860–1861)]; in: *Časopis Archivní školy* 2 (1924) 44–111, hier 90 f.

⁹⁵) Vgl. FRIEDRICH PRINZ, *Die böhmischen Länder von 1848 bis 1914*; in: KARL BOSL (Hg.), *Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder III: Die böhmischen Länder im Habsburgerreich 1848–1919. Bürgerlicher Nationalismus und Ausbildung einer Industriegesellschaft* (Stuttgart 1968) 1–235, hier 37.

⁹⁶) BARBARA K. REINFELD, *Karel Havlíček (1821–1856). A National Liberation Leader of the Czech Renaissance* (=East European Monographs 58, Boulder 1982) 63 f.; GEORG J. MORAVA, *Der k.k. Dissident Karel Havlíček 1821–1856* (Wien 1985) 105 f.

⁹⁷) BURIAN, *Koalitionen* 205 ff.; ANDREAS GOTTMANN, *Der Reichstag von Kremsier und die Regierung Schwarzenberg. Die Verfassungsdiskussion des Jahres 1848 im Spannungsfeld zwischen Reaktion und nationaler Frage* (=Österreich Archiv, Wien – München 1995) 88–92.

sprachlichen Gleichberechtigung der Slowaken in Ungarn in allen programmatischen Dokumenten der slowakischen Nationalbewegung seit April/Mai 1848 enthalten, aber ihre politisch-organisatorische Stütze wurde erst mit der Bildung der „Slovenská národná rada“ [Slowakischer Nationalrat] im September 1848 geschaffen⁹⁸). Es war im Einklang mit der entwickelten Sozialstruktur der italienischen Bevölkerung des Trentino im Kronland Tirol, daß ihre politischen Repräsentanten die eigene liberale Toleranz und Aufgeschlossenheit gegenüber klerikalen und konservativen Deutschtirolern hervorhoben⁹⁹). In der Ablehnung eines gemeinsamen Tiroler Landtags waren alle vier Stände der Kreise Trient (Trento) und Rovereto einig, nicht nur Bürger und Bauern, sondern auch Adel und Klerus (mit Ausnahme des deutschstämmigen Bischofs von Trient)¹⁰⁰). Viel schwächer war dagegen die Position der gemäßigten Liberalen und der reformfreudigen Regierungsbeamten in den deutschsprachigen Gebieten Tirols, wo der „Monarchisch-konstitutionelle Verein“ ein Schattendasein führte¹⁰¹). Liberale Forderungen waren für die im April 1848 gegründete „Società dei Triestini“ in Triest (Trst, Terst, Trieste) charakteristisch, vor allem bei der Durchsetzung einer liberalen Reform der Gemeindevertretung¹⁰²).

In den slowenischen Territorien widersetzten sich rechtsliberale Gruppen den Wahlen in die Frankfurter Nationalversammlung, hauptsächlich in Krain und der Südsteiermark¹⁰³), so daß Laibach und andere Wahlkreise mit slowenischer Bevölkerungsmehrheit bloß von deutschösterreichischen Abgeordneten vertreten wurden¹⁰⁴). Liberale Slowenen, wie der Laibacher Advokat und Anhänger eines ethnischen Föderalismus Matija Kavčič, wirkten mit gleichgesinnten tschechischen Politikern im Wiener und Kremsierer Reichstag zusammen, wo sie Mit-

⁹⁸) FRANTIŠEK BOKES, Slovenská národná rada z rokov 1848–1849 [Der Slowakische Nationalrat aus den Jahren 1848–1849]; in: Historický časopis 13 (1965) 200–229.

⁹⁹) BURIAN, Die Nationalitäten in „Cisleithanien“ 164. Vgl. UMBERTO CORSINI, Correnti liberali trentine tra Italia, Austria e Germania; in: RUDOLF LILL, NICOLA MATTEUCCI (Hgg.), Il liberalismo in Italia e Germania dalla rivoluzione del '48 alla prima guerra mondiale (=Annali dell'Istituto storico italo-germanico, Quaderno 5, Bologna 1980) 507–553.

¹⁰⁰) HUGELMANN, Die österreichischen Landtage II: Tirol; in: Archiv für österreichische Geschichte 114 (1938) 87–195, hier 91 f. Anm. 5.

¹⁰¹) FONTANA, Geschichte Tirols II 709 f.; THOMAS GÖTZ, Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840–1873. Zwischen Stadt und ‚Region‘, Staat und Nation (=Italien in der Moderne 10, Köln 2001), insbes. 117–238.

¹⁰²) CAMILLO DE FRANCESCHI, Il movimento nazionale a Trieste nel 1848 e la Società dei Triestini; in: La Venezia Giulia e la Dalmazia nella rivoluzione nazionale del 1848–1849. Studi e documenti 1 (Udine 1949) 263–315; BURIAN, Die Nationalitäten in „Cisleithanien“ 153 ff.

¹⁰³) VASILIJ MELIK, Frankfurtske volitve 1848 na Slovenskem [Die Frankfurter Wahlen 1848 im slowenischen Raum]; in: Zgodovinski časopis 2–3 (1948–1949) 69–134, hier 85 f., 90 ff.; STANE GRANDA, Slovenci in propaganda proti frankfurtskim volitvam [Die Slowenen und die Propaganda gegen die Frankfurter Wahlen]; in: VINCENC RAJŠP, RAJKO BRATOŽ, JANEZ CVIRN, JASNA FISCHER, WALTER LUKAN, BRANKO MARUŠIČ (Hgg.), Melikov zbornik. Slovenci v zgodovini in njihovi srednjeevropski sosedje [Festschrift Melik. Slowenen in der Geschichte und ihre mitteleuropäischen Nachbarn] (Ljubljana 2001) 475–510.

¹⁰⁴) Vgl. KOCH, Die Frankfurter Nationalversammlung 68, 262, 372.

glieder des gemeinsamen „Slawischen Klubs“ waren¹⁰⁵). Die vom Tierarzt, Sekretär der „k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft für Krain“ und Redakteur Janez Bleiweis repräsentierte gemäßigte Strömung der slowenischen Bewegung stand den rechtsliberalen Ansichten Palackýs sehr nahe. Von Kavčič ermuntert, wandte sich Bleiweis Ende September 1848 im Wiener Reichstag an Palacký mit der Bitte, die Errichtung einer Universität mit slowenischer und deutscher Unterrichtssprache in Laibach zu unterstützen¹⁰⁶).

In Kroatien und Slawonien traten im Frühjahr und Sommer 1848 ebenfalls „modernisierungsfreundliche Gruppen“ hervor¹⁰⁷). Bereits im politischen Programm der „Narodna skupština“ [Nationalversammlung] benannten Zusammenkunft der führenden Köpfe der kroatischen Nationalpartei in Agram (Zagreb) vom 25. März 1848 wurden neben besonderen kroatischen Wünschen vor allem die allgemeinen liberalen Forderungen erhoben, wie Presse-, Lehr-, Glaubens-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. In dem vom 5. Juni bis 9. Juli 1848 tagenden kroatischen Sabor [Landtag] setzten sich bürgerliche Vertreter mit einigen liberalen Forderungen durch¹⁰⁸). Kroatische Liberale verfügten über einiges Gewicht im Banalrat Jelačićs, wo sie das Prinzip der Gleichheit der Staatsbürger durch die Aufhebung der Steuerbegünstigungen des Adels und des Klerus, die Schaffung eines bürokratischen Verwaltungsapparats, die Modernisierung des Schulwesens und die Förderung der Wirtschaft durch Ausbau der Verkehrswege und Flußregulierungen durchsetzen wollten¹⁰⁹). Unter den österreichischen Reichstagsabgeordneten in Wien suchten kroatische Liberale in der Politik des gemäßigten

¹⁰⁵) LJUBA A. VELIDOVA, Volitve v avstrijski državni zbor v slovenskih deželach v letu 1848 [Die Wahlen in den österreichischen Reichstag in den slowenischen Territorien im Jahre 1848]; in: *Zgodovinski časopis* 40 (1986) 431–440; VÁCLAV ŽÁČEK, Za buržoazni revolucije roku 1848 a 1849 [Während der bürgerlichen Revolution 1848 und 1849]; in: DERS. (Hg.), *Češi a Jihoslované v minulosti. Od nejstarších dob do roku 1918 [Tschechen und Südslawen in der Vergangenheit. Von den ältesten Zeiten bis 1918]* (Praha 1975) 289–343, hier 330 ff.

¹⁰⁶) JIŘÍ KOŘÁLKA, Slowenische Briefpartner des tschechischen Historikers und Politikers František Palacký; in: VINCENC RAJŠP, RAJKO BRATOŽ, JANEZ CVIRN, JASNA FISCHER, WALTER LUKAN, BRANKO MARUŠIČ (Hgg.), *Melikov zbornik. Slovenci v zgodovini in njihovi srednjeevropski sosedje [Festschrift Melik. Slowenen in der Geschichte und ihre mitteleuropäischen Nachbarn]* (Ljubljana 2001) 461–473, hier 467.

¹⁰⁷) So MIRJANA GROSS, *Die Anfänge des modernen Kroatien. Gesellschaft, Politik und Kultur in Zivil-Kroatien und –Slawonien in den ersten dreißig Jahren nach 1848* (=Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 1, Wien – Köln – Weimar 1993) 26.

¹⁰⁸) DIES., *Der kroatische Sabor (Landtag)*; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus. Die regionalen Repräsentativkörperschaften* (Wien 2000) 2283–2316, hier 2285 ff. Vgl. auch IVO PERIĆ, *Hrvatski sabor 1848. godine. godine [Der kroatische Landtag im Jahre 1848]*; in: MIRKO VALENTIĆ (Hg.), *Hrvatska 1848. i 1849. Zbornik radova [Kroatien 1848 und 1849. Ein Sammelband]* (Zagreb 2001) 67–74.

¹⁰⁹) ISKRA IVELJIĆ, „Stiefkinder Österreichs“. Die Kroaten und der Austroslawismus; in: ANDREAS MORITSCH (Hg.), *Der Austroslawismus. Ein verfrühtes Konzept zur politischen Neugestaltung Mitteleuropas* (=Schriftenreihe des Internationalen Zentrums für europäische Nationalismus- und Minderheitenforschung 1, Wien – Köln – Weimar 1996) 125–137.

Austroslawismus eine Stütze in ihrer Auseinandersetzung mit der ungarischen Revolution¹¹⁰). Es fehlte ihnen jedoch eine festere organisatorische Grundlage, so daß es ihnen nicht gelingen konnte, die Modernisierungsideen „in einer aliberalen Gesellschaft“ durchzusetzen¹¹¹).

3. Die demokratische Linke als Vorkämpfer der sozialen Revolution

Die Scheidung zwischen Liberalen und Demokraten trat am schärfsten in der kaiserlichen Metropole Wien hervor¹¹²). Nach der Überzeugung der Wiener Demokraten sollte die Teilnahme des ganzen Volkes, das heißt besonders der bisher unterprivilegierten Schichten, am gesellschaftlichen und politischen Leben angestrebt werden. Die Demokraten verlangten Volkssouveränität, die in der staatlichen Form der Republik ausmünden konnte, aber nicht mußte. Zu den Zielen der Demokraten gehörte die politische, gegebenenfalls auch soziale Gleichheit, was allerdings auch die Unzufriedenheit mit der Störung der gewohnten Lebensformen durch anwachsende kapitalistische Produktionsverhältnisse beinhaltete. Demokratische Parolen der nationalen Einheit und der Völkerverbrüderung stießen in der politischen Realität auf objektiv bestehende Gegensätze im geographischen Ausmaß vieler benachbarter Nationalbewegungen. Auf weiten Strecken war die Demokratie mit dem politischen und sozialen Radikalismus identisch¹¹³).

Unzufriedene Beamte, die mehrere Jahre umsonst oder für eine geringe finanzielle Entschädigung arbeiten mußten, freiberufliche Mediziner und Juristen, deren wirtschaftliche Lage oft sehr schlecht war, und in erster Linie Studenten der überfüllten Wiener Universität bildeten die soziale Grundlage der meisten demokratischen Vereine und Korporationen in Wien im Jahre 1848¹¹⁴). Geheime Studentenverbindungen mit einer mehr oder weniger starken deutschnationalen Ausrichtung wirkten in Wien bereits in den Jahren 1843–1845, wie es die Vereinsnamen „Arminia“, „Germania“ oder „Teutonia“ beweisen¹¹⁵). Die Wiener

¹¹⁰) JAROSLAV ŠIDAK, Poslanstvo Hrvatskog sabora austrijskom parlamentu god. 1848 [Die Gesandtschaft des kroatischen Landtags zum österreichischen Parlament 1848]; in: DERS., Studije iz hrvatske povijesti za revolucije 1848/49 [Studien zur kroatischen Geschichte während der Revolution von 1848/49] (Zagreb 1979) 175–195.

¹¹¹) IVELJIĆ, „Stiefkinder Österreichs“ 129.

¹¹²) HÄUSLER, Zur sozialen und nationalen Problematik 112. Inwieweit die polnisch-galizischen „Demokraten“ auch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung diesem Begriff entsprechen oder doch eher den Liberalen zuzuzählen sind, müßte noch geklärt werden. Vgl. ZBIGNIEW FRAS, Demokraci w życiu politycznym Galicji w latach 1848–1873 [Die Demokraten im politischen Leben Galiziens in den Jahren 1848–1873] (Wrocław 1997); DERS., Florian Ziemiałkowski (1817–1900). Biografia polityczna [Florian Ziemiałkowski. Eine politische Biographie] (Wrocław 1991).

¹¹³) Zutreffend betont bei HÄUSLER, Von der Massenarmut 415.

¹¹⁴) Vgl. WALTRAUD HEINDL, Staatsdienst, Bildungsbürgertum und die Wiener Revolution von 1848. Bemerkungen zu den sozialen Wurzeln der bürgerlichen Revolution; in: RUDOLF JAWORSKI, ROBERT LUFT (Hgg.), 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 18, München 1996) 197–206.

¹¹⁵) MAX DOBLINGER, Der burschenschaftliche Gedanke auf Österreichs Hochschulen vor 1859; in: HERMAN HAUPT (Hg.), Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung VIII (Heidelberg 1925) 31–150, hier 87 f., 91–94.

Demokraten wurden zur treibenden Kraft der „Akademischen Legion“ der Studentenschaft und gründeten eigene politische Vereine, unter denen die „Gesellschaft der Volksfreunde“ und der „Deutsche Adler“ vor Mai 1848 zu den aktivsten gehörten¹¹⁶). Besonders einflußreich war der „Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit und für Wahrung der Volksrechte“, kurz „Sicherheitsausschuß“ genannt, in dem die radikalen Demokraten zunächst nur eine Minderheit bildeten. Nach großen Straßendemonstrationen Mitte und Ende Mai 1848 übernahm der „Sicherheitsausschuß“ im wesentlichen die Regierungsgewalt in Wien. Er war „politischer Debattierklub, Petitionsstelle, beratende Körperschaft, Exekutivorgan, Verwaltungs- und Justizbehörde in einem“¹¹⁷). Trotz der Organisationsfähigkeit und des Führungstalents des Vorsitzenden Adolph Fischhof¹¹⁸) zeigte der „Sicherheitsausschuß“ keine klare politische Linie und verlor infolge der für die Demokraten ungünstigen Reichstagswahlergebnisse an Kraft. Nach den blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Nationalgarde und den Arbeitern wurde der „Sicherheitsausschuß“ im August 1848 aufgelöst¹¹⁹). Nur wenige Tage später, am 28. August 1848, wurde der „Wiener Demokratische Frauenverein“ gegründet¹²⁰).

Demokratische Tendenzen mit einer starken deutschnationalen Komponente durchsetzten die politische Tätigkeit eines großen Teiles der in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien gewählten Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, wo neben fraktionsunabhängigen Abgeordneten vierzehn Deutsche aus den böhmischen Ländern dem „Linken Zentrum“ und zwölf den zwei Fraktionen der demokratischen Linken angehörten. Das stand im Gegensatz zu den Mehrheitsverhältnissen im Frankfurter Parlament, wo das „Rechte Zentrum“ und die Rechten dominierten¹²¹). Auch der Anfang April 1848 in Wien gegründete „Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“ verband Forderungen der Freiheit und des Fortschritts mit der Ablehnung der Zweisprachigkeit und dem Verlangen nach alleinigem Gebrauch der deutschen Sprache im höheren Schulwesen und in Ämtern der gesamten böhmischen Länder¹²²). Am Höhepunkt des politischen Einflusses der deutschösterreichischen Demokraten im Oktober 1848 waren diese im bewaffneten Kampf in Wien gegen die militärische Übermacht durch das Fehlen einer entschlossenen revolutionären Führung und die Entschlußlosigkeit der verantwortlichen Körper-

¹¹⁶) HÄUSLER, Von der Massenarmut 200–216.

¹¹⁷) EBD. 243.

¹¹⁸) Vgl. RICHARD CHARMATZ, Adolf Fischhof. Das Lebensbild eines österreichischen Politikers (Stuttgart – Berlin 1910) 51–65.

¹¹⁹) RATH, Viennese Revolution 288, 294 f.

¹²⁰) GABRIELLA HAUCH, Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848 (=Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 49, Wien 1990) 144–150.

¹²¹) KOCH, Die Frankfurter Nationalversammlung 37–41; SCHENK, Die Abgeordneten aus Böhmen, Mähren und Schlesien 28.

¹²²) ERNST KARL SIEBER, Ludwig von Löhner. Ein Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen, Mähren und Schlesien im Jahre 1848/1849 (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 18, München 1965) 64 f.

schaften geschwächt¹²³). Es gelang nicht, demokratische Vereine oder gar Keime einer demokratischen Partei über die Niederlage der Wiener Oktoberrevolution hinaus zu retten.

Die ungarische radikale Linke leitete ihre ideologischen Postulate von der Tradition der französischen Jakobiner ab. Junge radikale Intellektuelle, wie der Dichter Sándor Petőfi, der Schriftsteller Mór Jókai und der Historiker Pál Vasvári, organisierten die große Pester Demonstration am 15. März 1848, und sie zeigten sich bereit, die Möglichkeit einer Republik in Erwägung zu ziehen¹²⁴). Die ganze Zeit vom März 1848 bis zum August 1849 blieben die ungarischen Demokraten jedoch schwächer als die führenden Liberalen¹²⁵). Unter der Parole der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit forderten sie nicht nur das allgemeine Wahlrecht, die Abschaffung von Klassenbarrieren und die Emanzipation der Juden, sondern auch eine republikanische Staatsform und volle Unabhängigkeit von Wien, die nötigenfalls durch einen Krieg mit allen benachbarten Nationen erreicht werden sollte, mit der Hoffnung, daß schließlich die internationale Revolution den Ungarn zu Hilfe kommen würde¹²⁶). Als die größte Organisation der ungarischen Demokraten mit dreißig Abgeordneten der neugewählten Nationalversammlung und mit etwa eintausend Mitgliedern wirkte die im Juli 1848 gegründete „Egyesegért Társulat“ [Gesellschaft für Einheit], die jedoch Ende September 1848 infolge der Kriegseignisse zerfiel. Petőfi, Vasvári und andere junge Intellektuelle zogen in den Krieg, während die zumeist adeligen demokratischen Abgeordneten in den von Kossuth organisierten Ausschüssen der Nationalversammlung tätig waren¹²⁷). In Debreczin, der provisorischen Hauptstadt der ungarischen Revolution seit Januar 1849, war der Einfluß der demokratischen Radikalen schwächer als in Pest, aber desto unversöhnlicher traten sie gegen Feinde der Revolution auf, besonders aus den Reihen der nichtmagyarischen Nationalitäten¹²⁸).

In der tschechischen Politik des Jahres 1848 konnten sich einzelne Persönlichkeiten und Gruppen der radikalen Demokratie mit der Autorität und Kompetenz der liberalen Führungsgruppe überhaupt nicht messen. Die Initiative zur ersten großen Volksversammlung im St. Wenzelsbad am 11. März 1848 stammte von einer Tischgesellschaft, die sich nach dem irischen Vorbild¹²⁹) „Český Re-

¹²³) HÄUSLER, Zur sozialen und nationalen Problematik 189.

¹²⁴) Vgl. ALADÁR URBÁN, Agitáció a magyar köztársaságért 1848/49-ben [Die Agitation für eine ungarische Republik 1848/49]; in: Századok 133 (1999) 221–252.

¹²⁵) LÁSZLÓ DEME, The Radical Left in the Hungarian Revolution of 1848 (=East European Monographs 19, Boulder 1976).

¹²⁶) DEÁK, Die rechtmäßige Revolution 132. Vgl. ENDRE ARATÓ, Die Wirkung des Nationalismus auf die Politik und Kräfte der Linken in Österreich und Ungarn im Frühjahr und Sommer 1848; in: Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae, Sectio Historica 13 (1972) 104–142.

¹²⁷) LÁSZLÓ DEME, The Society for Equality in the Hungarian Revolution of 1848; in: Slavic Review 31 (1972) 71–88.

¹²⁸) DEÁK, Die rechtmäßige Revolution 190 f.

¹²⁹) Der irische Kampf für Autonomie (Repeal) war in tschechischen Oppositionskreisen vor 1848 sehr populär. Vgl. KAREL HAVLÍČEK BOROVSÝ, Daniel O'Connell; in: DERS., Politické spisy [Politische Schriften] I 194–215.

peal“ [Böhmischer Repeal] nannte¹³⁰). Ihr Resolutionsentwurf mit starker Berücksichtigung sozialer, unter französischem Einfluß entstandenen Forderungen, vor allem der „Organisation der Arbeit und der Löhne“¹³¹), wurde von den Prager bürgerlichen und adeligen Liberalen wesentlich geändert, und die führungslose Gruppe der tschechischen Radikalen wurde von politischen Entscheidungen ausgeschaltet. Ihr Einfluß war nur in der Prager „Akademischen Legion“ stärker und hauptsächlich in dem einzigen rein tschechischen bewaffneten Korps „Svornost“ [Eintracht]¹³²). Unter den Hochschulstudenten waren die Hörer des Prager Polytechnikums deutlich radikaler als die Studenten der Karl-Ferdinand-Universität, vornehmlich Mediziner und Juristen¹³³). In demokratischen Volksversammlungen, die Ende Mai und Anfang Juni 1848 in Prag abgehalten wurden, lehnten einige radikale Redner, hauptsächlich der aus Wien zurückgekehrte Studentenfürher Karel Sladkovský, die allzu vorsichtige Politik der tschechischen Liberalen ab, wobei ihre Argumente durch demonstrative militärische Aktivitäten verstärkt wurden, die auf Befehl des kommandierenden Generals in Böhmen Alfred Fürst Windisch-Graetz gesetzt worden waren¹³⁴). Der Prager Juni-Aufstand brach spontan und unvorbereitet aus, wenigstens zum Teil war er vom Militär provoziert. Auf den Barrikaden kämpften gemeinsam mit Handwerkern und Arbeitern auch mehrere von Josef Václav Frič geführte demokratische Studenten¹³⁵). Unter den tschechischen Reichstagsabgeordneten in Wien und Kremsier befanden sich nur wenige Demokraten, unter denen der radikale, später seiner geistlichen Ämter enthobene Priester Jan Maria Sidon als Gegner der Entschädigung für Großgrundbesitzer bei der Aufhebung der aus der Untertänigkeit erwachsenden Pflichten besonders hervorstach¹³⁶).

Zur größten tschechischen Organisation der Jahre 1848/49 entwickelte sich der Verein „Slovanská Lípa“ [Slawische Linde] mit 66 Zweigstellen in Böhmen und sechs in Mähren¹³⁷). In der Prager Zentraleitung dieses Vereins war der Einfluß

¹³⁰) Vgl. KAREL SLAVÍČEK, *Tajná politická společnost Český Repeal v roce 1848* [Die politische Geheimgesellschaft Böhmischer Repeal im Jahre 1848] (Praha 1947), wo allerdings der Einfluß und der Organisationsgrad dieser Tischgesellschaft überschätzt werden.

¹³¹) FRANTIŠEK ROUBÍK, *Český rok 1848* [Das böhmische Jahr 1848] (Praha 1931) 70.

¹³²) MIRJAM MORAVCOVÁ, *Sociální složení členů pražského sboru „Svornost“ v roce 1848* [Die soziale Zusammensetzung der Mitglieder des Prager Korps „Eintracht“ im Jahre 1848]; in: *Český lid* 68 (1981) 34–42.

¹³³) FRANTIŠEK JÍLEK, *Pražská polytechnika a její studenti v revolučním roce 1848* [Die Prager Polytechnik und ihre Studenten im Revolutionsjahr 1848]; in: *Sborník Národního technického muzea* 4 (1965) 268–366.

¹³⁴) KAZBUNDA, *České hnutí* [Tschechische Bewegung] 223 f., 247 f.

¹³⁵) *Ältere Literatur und Quellenforschungen zusammengefaßt bei PECH, Czech Revolution* 296 ff., 313–316, und bei POLIŠENSKÝ, *Revoluce a kontrarevoluce* [Revolution und Konterrevolution] 175–186.

¹³⁶) Vgl. OTTO URBAN, *Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918*, 2 Bde. (=Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 2, Wien – Köln – Weimar 1994), hier I 92 f.

¹³⁷) JAN NOVOTNÝ, *Slovanská Lípa 1848–1849. K dějinám prvního českého politického spolku* [Die Slawische Linde 1848–1849. Zur Geschichte des ersten tschechischen politischen Vereins]; in: *Acta Musei Pragensis* 1975, 5–75; EBD. 1976, 5–81, mit 24 Bildbeilagen.

tschechischer Radikaldemokraten groß, obgleich nicht immer entscheidend, während die Mehrheit unter den 2500 bis 3000 Mitgliedern außerhalb von Prag zum Jahresende 1848 eine liberale oder konservative Gesinnung bevorzugte. Im Februar 1849 regte die „Slovanská Lípa“ eine breite Petitionsbewegung zur Unterstützung des österreichischen Reichstags an. Sie brachte es zustande, zum 1. März 1849, als die Aktion noch nicht beendet war, mehr als 40.000 Unterschriften aus 722 Städten und Dorfgemeinden Böhmens und Mährens, zum 6. März 1849 über 10.000 Unterschriften aus weiteren 298 Gemeinden auf dieser Petition zu sammeln¹³⁸).

Der linke Flügel in der illyrischen Bewegung mit dem Dichter Ivan Mažuranić und dem Journalisten Dragojlo Kušlan an der Spitze nahm in sozialpolitischen Fragen eine oppositionelle Haltung zur Mehrheit des kroatischen Sabors und zum Banus Jelačić ein. Vor allem zur Zeit der Auseinandersetzung mit der ungarischen Revolution blieb jedoch der Einfluß der kroatischen Demokraten wenig bedeutend, nur die Zeitschrift *Slavenski jug* [Slawischer Süden] war mit dem Vorgehen Jelačićs gegen das revolutionäre Wien im Oktober 1848 nicht einverstanden¹³⁹). In der Serbischen Woiwodschaft richtete sich seit den Herbstmonaten des Jahres 1848 die demokratische Opposition des Vereins „Napredak“ [Fortschritt] und der gleichnamigen Zeitschrift gegen die konservative Politik des serbisch-orthodoxen Patriarchen Josif Rajačić¹⁴⁰).

In größerem Maße als es bei Liberalen der Fall war, gelang es einzelnen Gruppen demokratischer Radikaler, die Schranken der nationalen Zugehörigkeit zu überwinden und eine revolutionäre Tätigkeit gemeinsam mit Demokraten einer anderen Nationalität, und zwar wenigstens zum Teil im Konflikt mit der überwiegenden Mehrheit der politischen Öffentlichkeit der eigenen Nationalität, zu entfalten. Der slowenische Prediger an der Universität Wien, Anton Füstner, der bis zum Frühjahr 1848 an der slowenischen nationalen Bewegung teilgenommen hatte, begeisterte sich für freisinnige Parolen und ging in das deutschradikale Lager über¹⁴¹). Im Prager Aufstand vom Juni 1848 kämpften ortsansässige deutsche Demokraten gemeinsam mit Tschechen gegen den Fürsten Windisch-Graetz und seine Truppen, obwohl die meisten deutschen Zeitungen den Konflikt als einen Kampf der Tschechen gegen die Deutschen darstellten¹⁴²). Polnische

¹³⁸) EBD. 1976, 47 f.

¹³⁹) Das einschlägige Werk von VASO BOGDANOV, *Hrvatska ljevica u godinama revolucije 1848/49 u svijetlu naše četrdesetosmaške štampe* [Die kroatische Linke in den Revolutionsjahren 1848/49 im Lichte unserer Achtundvierziger-Presse] (Zagreb 1949) ist als eine maßlose Überschätzung der Linken unverlässlich. Eine ausgewogene Darstellung bietet NIKŠA STANČIĆ, *Das Jahr 1848 in Kroatien: unvollendete Revolution und nationale Integration*; in: *Südost-Forschungen* 57 (1998) 103–128.

¹⁴⁰) ŽÁČEK, *Za buržoazni revoluce* [Während der bürgerlichen Revolution] 334.

¹⁴¹) Vgl. MARJAN BRITOVŠEK, *Anton Füstner in revolucija 1848 v Avstriji* [Anton Füstner und die Revolution 1848 in Österreich] (Maribor 1970); WALTER SAUER, *Anton Füstner – Priester der Wiener Revolution 1848*; in: *Zeitgeschichte* 2 (1975) 249–256; GRANDA, *Das Verhältnis zwischen nationaler und sozialer Frage* 246.

¹⁴²) PECH, *Czech Revolution* 149 f.; PETER BURIAN, *Zum reichsdeutschen Tschechenbild der Märzrevolution 1848/49*; in: WINFRIED EBERHARD, HANS LEMBERG, HEINZ-DIETER HEIMANN, ROBERT LUFT (Hgg.), *Westmitteleuropa – Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen. Fest-*

Demokraten unterstützten opferwillig die ungarische Revolution und beteiligten sich nicht nur als erfahrene Befehlshaber im Kampf gegen die kaiserliche Armee und die russische Intervention¹⁴³), sondern auch an Vermittlungsversuchen zwischen der ungarischen Regierung und der kroatischen nationalen Opposition¹⁴⁴). Im Gegensatz zur Haltung der tschechischen Liberalen und vieler Prager Demokraten rief der tschechische Studentenführer Pavel Václav Kleinert slawische Studenten zur tatkräftigen Unterstützung des Wiener Oktoberaufstandes auf und reiste mit einigen Gleichgesinnten nach Wien ab¹⁴⁵).

Der von tschechischen Demokraten geführte Verein „Slovanská Lípa“ gewann viele Anhänger unter den Kroaten, den Serben der Vojvodina und den Slowaken¹⁴⁶), wenn auch viele Meinungsverschiedenheiten bestanden¹⁴⁷). Lajos Kossuth und sein Kampf gegen die österreichische Reaktion erregten im Frühjahr 1849 große Sympathien nicht nur in Mähren und Schlesien, sondern auch unter den Prager Studenten und auf dem böhmischen Lande¹⁴⁸). Den Epilog bildete im April/Mai 1849 die freundschaftliche Zusammenarbeit des tschechischen radikalen Studentenvereins „Českomoravské bratrstvo“ [Böhmisch-mährische Bruderschaft] mit den Prager deutschen Burschenschaften bei der mißglückten Vorbereitung eines neuen demokratischen Aufstandes¹⁴⁹). Wie üblich, zeigten demokratische Strömungen der unmittelbaren Nachbarn den größten Willen zur Zusammenarbeit zu einem Zeitpunkt als es zu spät war, beim Niedergang der revolutionären Welle und bei drohender Gefahr einer neuen Reaktion und Unterdrückung.

schrift für Ferdinand Seibt zum 65. Geburtstag (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 70, München 1992) 229–249.

¹⁴³) DEÁK, Die rechtmäßige Revolution 189, 244 f. Die Rolle der Polen in der ungarischen Revolution wurde allerdings von westlichen Beobachtern stark überschätzt, EBD. 245 Anm.

¹⁴⁴) Vgl. HENRYK BATOWSKI, Polacy, Chorwaci i Węgrzy w r. 1848–49 [Polen, Kroaten und Ungarn im Jahre 1848–49]; in: Polityka Narodów 9 (1937) 647–663; WACŁAW FELCZAK, Um die Gestaltung von Mitteleuropa. Polnische Vermittlung im Nationalkonflikt der ungarischen Monarchie (1848–49); in: HELENA MADUROWICZ-URBAŃSKA, MARKUS MATTMÜLLER (Hgg.), Studia Polono-Helvetica I (Basel – Frankfurt am Main 1989) 95–111.

¹⁴⁵) JÍLEK, Pražská polytechnika a její studenti [Die Prager Polytechnik und ihre Studenten] 352 f.

¹⁴⁶) NOVOTNÝ, Slovanská Lípa [Die Slawische Linde] 1976, 28 ff.; ŽÁČEK, Za buržoazní revoluce [Während der bürgerlichen Revolution] 332–340.

¹⁴⁷) Vgl. JAROSLAV ŠIDAK, Društvo Slavske Lipe na slavonskom Jugu [Der Verein Slawische Linde im slawischen Süden]; in: DERS., Studije iz hrvatske povijesti za revolucije 1848/49 [Studien zur kroatischen Geschichte während der Revolution 1848/49] (Zagreb 1979) 291–321.

¹⁴⁸) Vgl. BEDŘICH ŠINDELÁŘ, Ohlas maďarské revoluce 1848–1849 na Moravě a ve Slezsku (O sympatiích našeho lidu k maďarské revoluci a ke Kossuthovi) [Der Widerhall der ungarischen Revolution von 1848–1849 in Mähren und Schlesien (Über die Sympathien unseres Volkes zur ungarischen Revolution und zu Kossuth)] (=Rozpravy Československé akademie věd, řada společenských věd 67/3, Praha 1957) 18 ff., 25 ff., 32 f.

¹⁴⁹) Ausführlich dazu FRANTIŠEK JÍLEK, Pražská polytechnika a studentské hnutí v revoluci 1848–1849. Účast studentů na přípravě revoluce v Čechách roku 1849 [Die Prager Polytechnik und die Studentenbewegung in der Revolution von 1848–1849. Die Teilnahme der Studenten an der Vorbereitung einer Revolution in Böhmen 1849]; in: Sborník Národního technického muzea 5 (1968) 337–508.

4. Die Arbeiterbewegung als eigenständige Kraft des sozialen Umbruchs

Einige Gruppen qualifizierter Arbeiter in Wien, Prag und Pest konnten im Frühjahr 1848 an ihre organisatorischen Aktivitäten aus den vorangegangenen Jahren anknüpfen. In diesen drei damals größten Industriezentren der Habsburgermonarchie waren Facharbeiter der Manufakturen eine treibende Kraft bei allen Demonstrationen und Straßenkämpfen des Revolutionsjahres, aber darüber hinaus erhoben sie ihre eigenen sozialen Forderungen. Bereits Mitte März 1848 erneuerten die Prager Kattundrucker ihre älteren Wünsche und legten dem St. Wenzelsbad-Ausschuß eine Petition gegen die Einführung der Druckmaschinen und für das Verbot der Aufnahme neuer Lehrlinge vor¹⁵⁰). Das waren charakteristische Forderungen vorindustrieller Arbeiterschichten, die aber umso gewichtiger waren, als die Kattundrucker sehr gut organisiert und kampfbereit erschienen¹⁵¹). Zu gleicher Zeit forderten verschiedene Arbeitergruppen in Pest die Abschaffung der Zünfte, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne; infolge der Nichterfüllung dieser Forderungen brachen Streiks aus¹⁵²). In Wien wuchsen soziale Ausschreitungen in einen offensichtlich planmäßigen Maschinensturm der Kattundrucker und Weber hinüber¹⁵³). Unter den zahlreichen Handwerksgeleuten Wiens überwogen jedoch traditionelle Protestformen mit Lohn- und Arbeitszeitforderungen und Streiks. In diesen Kämpfen wurde die Basis für die Wahrnehmung gemeinsamer politischer Interessen der Arbeiter geschaffen¹⁵⁴).

Vgl. auch JANA ENGLOVÁ, Die Zusammenarbeit sächsischer, tschechischer und deutschböhmischer Demokraten im Frühjahr 1849; in: RUDOLF JAWORSKI, ROBERT LUFT (Hgg.), 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 18, München 1996) 303–312.

¹⁵⁰) KAREL NOVOTNÝ, Účast dělnictva v buržoazní revoluci roku 1848–1849 v českých zemích [Die Beteiligung der Arbeiterschaft an der bürgerlichen Revolution 1848–1849 in den böhmischen Ländern]; in: Slovanské historické studie 13 (1982) 143–168.

¹⁵¹) Die Prager Kattundrucker drohten bereits im März 1848, daß sie sich „auf andere Weise“ helfen müßten, wenn ihren Forderungen nicht nachgegeben würde, KAREL NOVOTNÝ, MILAN MYŠKA, První kroky k vítězství. Čtení o počátcích našeho dělnického hnutí [Erste Schritte zum Sieg. Quellenlesebuch über die Anfänge unserer Arbeiterbewegung] (Praha 1966) 48. Zu den Kattundruckervereinen EBD. 367–379. Um die Drohung richtig würdigen zu können, ist an die Arbeiterunruhen des Jahres 1844 in Prag zu erinnern, die als die ersten großen Protestaktionen österreichischer Arbeiter gelten. Vgl. FRIEDRICH WALTER, Die böhmischen Arbeiterunruhen des Jahres 1844; in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 11. Ergänzungsband (1929) 717–734.

¹⁵²) GYÖRGY SPIRA, Die Arbeiterbewegung der Monate der Revolution von 1848 in den Schwesterstädten Pest, Ofen und Altofen; in: Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae, Sectio Historica 21 (1981) 83–92. Vgl. auch DEÁK, Die rechtmäßige Revolution 105.

¹⁵³) HÄUSLER, Von der Massenarmut 145 ff.

¹⁵⁴) So die Einschätzung von WOLFGANG HÄUSLER, Soziale Protestbewegungen in der bürgerlich-demokratischen Revolution der Habsburgermonarchie 1848; in: RUDOLF JAWORSKI, ROBERT LUFT (Hgg.), 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa (=Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 18, München 1996) 173–195, hier 182.

Wien war das einzige Industriezentrum in der Habsburgermonarchie, wo die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung während des Jahres 1848 von frühgewerkschaftlichen Organisationen bis zu den ersten Anfängen einer politischen Organisation der Arbeiter verlief. Am 24. Juni 1848 schlossen sich qualifizierte Handwerksgesellen und Facharbeiter im „Wiener Arbeiterverein“ zusammen, der dann zur Zeit seiner Blüte 7000 bis 8000 Mitglieder zählte und zum größten Verein in Wien wurde¹⁵⁵). Durch den Vereinspräsidenten Friedrich Sander nahm der „Wiener Arbeiterverein“ Beziehungen zu den Arbeiterorganisationen in Deutschland auf. Es wurde die Notwendigkeit eines politischen Zusammenschlusses der Arbeiter über den Rahmen gewerkschaftlicher Verbindungen hinweg betont. Dem Protest gegen die Ausschließung der Arbeiter von den Reichstagswahlen folgte die Aufforderung des „Wiener Arbeitervereins“, Vertrauensmänner für die Vorbereitung eines Arbeiterparlaments in Wien zu wählen¹⁵⁶). Zu den politischen Forderungen der Wiener Arbeiterorganisationen gehörte die Gleichstellung der politischen Rechte der Arbeiter mit denen der anderen Stände, Vertretung der Arbeiter im Arbeitsministerium, freies Niederlassungsrecht, freie Gewerbeordnung, Errichtung von Bildungsanstalten für Arbeiter, von Kranken- und Invalidenkassen, Einführung paritätischer Schiedsgerichte, Aufhebung des Paßzwanges und unbeschränkte Heiratserlaubnis¹⁵⁷). Im Oktober 1848 reihte sich der „Wiener Arbeiterverein“ geschlossen unter die Verteidiger Wiens, wobei die schlecht bewaffneten Arbeiter einen aussichtslosen Widerstand gegen das Militär leisteten. Die neue Perspektive, wie sie von Ernst Violand¹⁵⁸), Hermann Jellinek und anderen Wiener Demokraten nach der Niederwerfung des Oktoberaufstandes gesehen wurde, hieß „soziale Demokratie“¹⁵⁹).

★ ★ ★

Während der fünfziger Jahre wurden fast alle hoffnungsvollen Ansätze neuer zeitlicher politischer Strömungen und Parteien im Kaisertum Österreich unterbrochen und zerschlagen, wenn auch nicht vergessen. Die Bezeichnung „Reichstag“ geriet in Verruf, und das neue Parlament seit 1860/61 hieß „Reichsrat“ als Ausdruck der vermeintlich bloß beratenden Rolle der Volksvertretung¹⁶⁰). Die Breite des Männerwahlrechts von 1848/1849 wurde für den österreichischen Reichsrat erst 1907 erreicht, für das ungarische Parlament und für die Landtage der Kronländer bis 1918 überhaupt nicht. Trotz alledem bildete das „tolle Jahr“ vom März 1848 bis März 1849 eine wichtige Stufe im Prozeß der Modernisierung

¹⁵⁵) HÄUSLER, Von der Massenarmut 316 f.

¹⁵⁶) GUSTAV OTRUBA, Wiener Flugschriften zur Sozialen Frage 1848 I: Arbeiterschaft, Handwerk und Handel (=Materialien zur Arbeiterbewegung 9, Wien 1978) 134, Nr. 335.

¹⁵⁷) EBD. 141, Nr. 377.

¹⁵⁸) Vgl. ERNST VIOLAND, Die sociale Geschichte der Revolution in Österreich 1848 (Leipzig 1850, neu hg. von Wolfgang Häusler, Wien 1984) 33–41.

¹⁵⁹) HÄUSLER, Soziale Protestbewegungen 189.

¹⁶⁰) GOTTMANN, Reichstag 1848/49 und Reichsrat 1861 bis 1865 622.

der österreichischen Vielvölkermonarchie¹⁶¹). Alle staatspolitischen Fragen wurden im Jahre 1848 gestellt und blieben weiter auf der Tagesordnung. Zum erstenmal wurde das Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger verkündet und in verschiedenen Wahlen mit einigen Einschränkungen auch politisch umgesetzt. Die grundlegenden politisch-ideologischen Strömungen der bürgerlichen Gesellschaft – Konservatismus, Liberalismus, Demokratie und Frühsozialismus – faßten in der Monarchie tiefe Wurzeln und konnten zum erstenmal moderne Organisationsformen finden.

Bahnbrechend im europäischen Maßstab war die gesetzliche Verankerung der Gleichberechtigung der Nationalitäten (im damaligen Sprachgebrauch „Völkstämme“) und deren Sprachen¹⁶²). Die Integrationskraft des konservativen supraethnischen Österreichtums zeigte sich allerdings nicht stark genug, um eine nationalpolitische Aufteilung der bürgerlichen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Strömungen und Organisationen auf deutsche, ungarische, tschechische, polnische, ruthenische, italienische, slowenische, kroatische, serbische, slowakische und rumänische Vereine und Parteien aufzuhalten¹⁶³). Das uneinige, ja zumeist gegensätzliche Vorgehen einzelner nationaler Bewegungen in den Jahren 1848/49 führte also dazu, daß die Keime fast aller modernen politischen Parteien und Strömungen in der Habsburgermonarchie nicht gesamtösterreichisch waren, sondern sich nach der Nationalität trennten. Diese Uneinigkeit fand ihre Fortsetzung auch in der Wirkungsgeschichte und in den nationalen Geschichtsbildern, in denen die Spannung zwischen Freiheit und Nationalität, zwischen staatsbürgerlicher und nationalpolitischer Emanzipation kaum wegzudenken ist¹⁶⁴).

¹⁶¹) Dazu OTTO URBAN, 1848 – Eine Modernisierungsetappe in der Habsburgermonarchie; in: *Der Donauraum* 35 (1995) 6–14.

¹⁶²) GERALD STOURZH, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918 (Wien 1985) 17–28.

¹⁶³) So JIŘÍ KOŘALKA, Supraethnische und internationale Tendenzen in der österreichischen Arbeiterbewegung 1867–1914, in: DERS., Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 18, Wien – München 1991) 240–257, hier 243.

¹⁶⁴) Vgl. BARBARA HAIDER, HANS PETER HYE (Hgg.), 1848: Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas (=Zentraleuropa-Studien 7, Wien 2003).

